

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.17 - 62. Jahrgang

15. September 2012



Umfairteilen: Demo am 29. September

Die Berliner SPD ruft zur Teilnahme an der Großdemonstration des Bündnisses „Um-fair-teilen“ am 29. September auf. Mit dem bundesweiten Aktionstag wollen Gewerkschafter, Sozialverbände und Initiativen für eine stärkere Besteuerung von Reichtum werben.

Das Bündnis warnt vor Kahlschlagkürzungen zu Lasten des Gemeinwessens und fordert eine dauerhafte Vermögenssteuer sowie eine einmalige Vermögensabgabe. Darüber hinaus sei u.a. die stärkere Besteuerung hoher Einkommen, großer Erbschaften, finanzstarker Unternehmen und von Kapitalerträgen erforderlich. „Um eine sozial gerechte Haushaltskonsolidierung und dringend notwendige öffentliche Investitionen zu gewährleisten, muss steuerpolitisch die Einnahmenseite gestärkt werden. Die Zeit ist reif für Umverteilung“, so Frank Bsirske, Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. **BS □**

➔ Samstag, 29.9.2012, 11:30 Uhr, Treffpunkt: Potsdamer Platz. Die Route führt über die Stresemannstraße vorbei am Abgeordnetenhaus zur Rudolph-Dutschke-Straße, Leipziger Str., Gertraudenstr. und Spandauer Str. zum Neptunbrunnen, wo zwischen 14.00 und 16.00 Uhr eine Abschlusskundgebung geplant ist.

➔ mehr Informationen unter www.umfairteilen.de

Sozialpolitik:

„Grassierende Erwerbsarmut“

Gabriel: Keine Solidar-Rente ohne Mindestlohn

Die Rentenpolitik zeigt die großen Unterschiede zwischen schwarz-gelber Bundesregierung und SPD auf: Für die SPD liegt ein wesentlicher Schlüssel zu armutsfesten Renten in der Beseitigung von Fehlentwicklungen am Arbeitsmarkt. Das machte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel bei der Vorstellung des Rentenkonzepts deutlich.

Werde die „grassierende Erwerbsarmut“ nicht bekämpft, so Gabriel, führe das am Ende nur dazu, dass die Kosten für die Bekämpfung der Altersarmut immer höher werden: „Das heißt: Ohne Mindestlohn kann man ein solches Sicherungsniveau nicht einführen.“ Bis zum November wird in der Partei Gelegenheit bestehen, über die Einzelheiten des Konzepts mit dem Titel „Altersarmut bekämpfen. Lebensleistung honorieren. Flexible Übergänge in die Rente schaffen“ zu diskutieren. Es setzt auf eine Stärkung der Betriebsrenten und die Einführung einer - teils steuerfinanzierten - Mindestrente von 850 Euro monatlich für langjährig Beschäftigte und Versicherte.

Die Parteilinke möchte vor allem das Ab-



Legte das rentenpolitische Konzept im Parteivorstand vor: Sigmar Gabriel. Foto: Horb

sinken des jetzigen Rentenniveaus von 51 Prozent auf 43 Prozent verhindern, etwa über langsam steigende Rentenbeiträge, wie im Konzept der Berliner SPD vorgesehen. Schon eine Erhöhung der Rentenbeiträge um wenige Prozent könnte zu einer Mehrbelastung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber von „30 bis 40 Milliarden“ führen, warnte dagegen Gabriel.

Offen ist auch, ob heute bereits die vom SPD-Bundesparteitag geforderten Voraussetzungen für die Einführung der Rente mit 67 vorliegen. **siehe auch Seite 8**

Neustart am BER

Wowereit: Flughafen bleibt wichtigstes Projekt der Region

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit hat am Donnerstag in einer Regierungserklärung auf die Bedeutung des Flughafens BER für die Wirtschaft der Region hingewiesen. Wowereit erläuterte u.a. den neuen Eröffnungstermin und die Finanzierung. Der Bau soll nun nach einer gründlichen Bestandsaufnahme und Neuplanung der verbleibenden Aufgaben zum Erfolg geführt werden.

Der neue Technik-Chef der Flughafengesellschaft, Horst Amann, der den 27. Oktober 2013, den Beginn des Winterflugplans, als Eröffnungstermin vorgeschlagen hat, sieht „keine unlösbaren Probleme“. Um die Baumaßnahmen im November wieder auf-

nehmen zu können, wird derzeit an neuen Plänen gearbeitet. Überprüft werden auch die Kabel, die in den Wochen vor dem ge-

IN DIESER AUSGABE:

MIETENBÜNDNIS GESCHLOSSEN	S. 4
IM INTERVIEW: FRANK BIELKA	S. 5
GESETZLICHE RENTE STÄRKEN	S. 8
SPE-TAGUNG IN BRÜSSEL	S. 9

planten Eröffnungstermin im Juni offenbar in großer Hektik verlegt worden waren. Bis zum Sommer 2013 sollen auf der Basis der neuen Pläne die restlichen Bauarbeiten erfolgen, ab Sommer 2013 sind Verbundtests und die abschließende Prüfung durch das Bauordnungsamt vorgesehen, **s. S. 4 □**

Finanzkrise:

Welches Europa wollen wir?

Peter Brandt: Richtungsentscheidung ist notwendig

Die SPD hatte schon in ihrem Heidelberger Grundsatzprogramm von 1925 die Forderung nach den „Vereinigten Staaten von Europa“ aufgestellt. Das war zu dieser Zeit - da die Entspannungs- und Verständigungspolitik der Weimarer Republik gerade erst begann, die Deutschland gegenüber repressive Versailler Ordnung der Sieger des 1. Weltkriegs zu lockern - eine weit in die Zukunft weisende Zielsetzung.

Zudem hatte damals kaum jemand eine klare Vorstellung davon, was das konkret bedeuten könnte. Die Nationalstaaten waren der selbstverständliche Rahmen jedes politischen Handelns, in ihrer Entstehung - auch in Deutschland - eng mit der Entstehung der Verfassungsstaatlichkeit verknüpft. Die Nation als kulturelle und gesellschaftliche Kategorie war die wesentliche Bewusstseins- und Gefühlsgemeinschaft.

NATIONALSTAATEN ALS BAUSTEINE EUROPAS

Auch heute ist ziemlich unumstritten, dass sich die Nation, deren Existenz mit den verschiedenen Volkssprachen und Kulturen übrigens etwas typisch Europäisches ist, nicht - in den Worten Erhard Epplers - auflösen wird „wie der Zucker im Kaffee“. Und die Nationalstaaten werden, auch wenn sie weitere Souveränitätsrechte an die Europäische Union abgeben werden, die Bausteine des großen europäischen Hauses bleiben.

Die europäische Einigung, Ergebnis der Geschichtskatastrophe des Zweiten Weltkriegs und der Ost-West-Konfrontation, stand stets unter dem Primat der wirtschaftlichen Verflechtung und damit auch großwirtschaftlicher Interessen. Die Annahme, dass die fortschreitende ökonomische Integration eine Verdichtung der politischen Integration nach sich ziehen werde, war nicht ganz falsch, doch haben die Egoisten der Einzelstaaten und Vorbehalt der einzelnen Völker verhindert, dass eine durchschaubare und demokratisch legitimierte, für eine Weiterentwicklung offene Struktur des zwischen Staatenbund und Bundesstaat angesiedelten Gebildes der EU geschaffen werden konnte. Der Lissabon-Vertrag war allenfalls ein erster Schritt zu einer längerfristig tragfähigen europäischen Grundordnung - und die Schaffung einer Währungsunion ohne gleichzeitige Fiskal- (und damit engere politische) Union eine höchst problematische Entscheidung.

Es mag in der akuten Krise des Euro un-



Peter Brandt ist Professor für Neuere Deutsche und Europäische Geschichte. und Mitglied der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand.

umgänglich sein, Rettungsmaßnahmen in Gang zu setzen, die faktisch der Bankenrettung dienen. Umso wichtiger wäre es, sich auf die inhaltliche Substanz des europäischen Einigungsprozesses zu besinnen, denn auch diese steht in Frage.

Noch vor der Klärung der geographischen und kulturellen Grenzen Europas stellt sich die Notwendigkeit, die Institutionen der EU soweit zu demokratisieren, insbesondere das Parlament zu stärken, dass die Verlagerung von Kompetenzen nach Brüssel nicht einen ersatzlosen Verlust an Selbstbestimmung der europäischen Völker bedeutet.

Damit verbunden geht es um eine irgendwann unausweichliche Richtungsentscheidung: Soll die EU weiterhin als eine Art Transmissionsriemen der globalen Entgrenzung des Marktkapitalismus, insbesondere des Finanzkapitalismus, fungieren und in diesem Sinn als Aktionsplattform für die Behauptung der Wirtschafts- und Politikeliten des Kontinents in der Welt dienen?

Oder sollte die eigentliche Rolle des europäischen Projekts nicht vielmehr darin bestehen, gegenüber den destruktiven Wirkungen der neoliberalen Globalisierung und gegenüber den abweichenden nordamerikanischen und asiatischen Gesellschaftsmodellen das spezifisch europäische Zivilisations- und Demokratie-Modell zu verteidigen, zu dem - trotz der Einschnitte der letzten Jahrzehnte - die Sozialstaatlichkeit und die regulierte Marktwirtschaft gehören? **Peter Brandt** □

POLITIK PERSÖNLICH

Roland Schröder, Diplom-Ingenieur für Stadt- und Regionalplanung, bewirbt sich ebenso wie Klaus Mindrup um die Aufstellung als Bundestagskandidat in Pankow. „Neben der Auseinandersetzung mit den großen Fragen der Bundespolitik möchte ich als Mitglied des Bundestages weiterhin möglichst viel für die Menschen in unserem Wahlkreis erreichen, z. B.: die Förderung des Wissenschaftsstandortes Buch, die Sicherung der Sanierungsergebnisse, den Lärmschutz entlang der Stettiner Bahn und die Heidekrautbahn auf der Stammstrecke bis Gesundbrunnen. Dafür bringe ich die notwendige Leidenschaft und Begeisterung für parlamentarische Debatten, die handwerklichen Fertigkeiten und Fähigkeiten sowie die Erfahrung aus zwölf Jahren Bezirkspolitik mit“, so Schröder.

Florian Dörstelmann, Gotthard Krupp-Boulboulé, Ülker Radziwill (MdB) und Felicitas Tesch bewerben sich in Charlottenburg-Wilmersdorf um die Kandidatur für den Bundestag. Die bisherige Bundestagsabgeordnete Petra Merkel hatte im Juli erklärt, nicht wieder antreten zu wollen. „Die SPD hat sich bundesweit für größere Beteiligung der Mitglieder ausgesprochen. Die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hat sich bereits im Sommer für Mitgliederbefragungen eingesetzt. Deshalb wollen wir jetzt auch für unseren Bereich die neuen Beteiligungsmöglichkeiten anwenden und erproben“, so der Kreisvorsitzende Christian Gaebler.

In den kommenden Monaten werden sich die Kandidatinnen und Kandidaten in verschiedenen Runden vorstellen. Die Mitgliederbefragung wird am 18.11.2012 durchgeführt. Eine Briefwahl ist möglich. Wenn in der Mitgliederbefragung das Teilnahme-Quorum von 20% erreicht wird und ein/-e Kandidat/-in die absolute Mehrheit erreicht, so wird dies der Vorschlag der Mitglieder für die gesetzlich vorgeschriebene Wahlkreis-Konferenz sein, die voraussichtlich am 1.12.2012 stattfindet.

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin
Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin
Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
 Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)
Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Innenpolitik:

Eine wachsende Gefahr

Tom Schreiber fordert politischen Maßnahmenkatalog gegen die Rockerkriminalität

„Hells Angels und Co. - unterschätzen wir die öffentliche Gefahr der Rocker?“ Unter diesem Motto hatte Anfang September die SPD im Bötzowviertel zu einer Diskussionsrunde geladen. Das Podium war durch den Leitenden Kriminaldirektor Bernd Finger, den NDR-Journalisten Stefan Schölermann und den SPD-Innenexperten Tom Schreiber besetzt. Zu den Besuchern der Veranstaltung gehörten auch der Chef der Hells Angels Berlin, weitere Mitglieder der Hells Angels und der Bikerunion. Natürlich lief diese Veranstaltung unter Polizeischutz, damit es nicht zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung kommt. Für die BERLINER STIMME zieht Tom Schreiber ein Fazit.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei der SPD-Abteilung für diesen Abend. Kriminaldirektor Finger hat erstmalig verkündet, dass er ein „Aussteigerprogramm“ anstrebt. Das hat selbst die „Hells Angels MC“, sowie die Anwesenden überrascht.

Die Politik insgesamt hat über Jahre hinweg die Strafverfolgungsbehörden im Kampf gegen die Rockerkriminalität allein gelassen. Es ist an der Zeit, dass es zu einem Schulterschluss zwischen der Politik und den Strafverfolgungsbehörden kommt, damit wir konsequent auf allen Ebenen in diesem Bereich vorgehen. Die SPD wird dies intensiv begleiten.

Die Innenministerkonferenz hatte sich am 18./19.11.2010 in Hamburg mit der „Rockerkriminalität“ befasst und möchte dem mit spezifischen Bekämpfungskonzepten entgegenreten.

Am 17.03.2010 wurde in Rheinland Pfalz ein Polizeibeamter von einem Mitglied der Hells Angels während eines Einsatzes erschossen. Dies war ein wichtiger Auslöser für die Einsetzung einer Bund-Länder-Projektgruppe, welche sich mit dem Thema: „Bekämpfungsstrategie, Rockerkriminalität, Rahmenkonzeption“ befasste. Der 64-seitige Bericht liegt seit 2010 vor.

Seit den siebziger Jahren sind die Hells Angels in Deutschland aktiv. In Hamburg wurde damals der erste Charter der Hells Angels gegründet. Am 11. August 1983 wurde durch den damaligen Innensenator von Hamburg Alfons Pawelczyk (SPD) das erste Verbot durchgesetzt. Das letzte Vereinsverbot wurde am 24. Mai 2012 in Berlin durch den Innensenator Frank Henkel (CDU) gegen die „Hells Angels Motorcycle Club (HAMC) Berlin City“ durchgesetzt. In der Vergangenheit sind insbesondere die „Hells Angels MC“ und „Bandidos MC“ durch Selbstauflösung und spätere Neu-



Nicht die Bikerszene an sich ist im Blick von Polizei und Staatsanwaltschaft, sondern ein kleiner Teil von Rechtsbrechern.

gründungen einem Vereinsverbot zuvor gekommen.

Im Blickfeld der Berliner Polizei und Staatsanwaltschaft steht nicht die „Bikerszene“ im Allgemeinen, sondern die sogenannten „1% - Outlaws“. Diese definieren sich durch einen hohen Grad an Gewaltbereitschaft. Angefangen von Körperverletzungen, Raub, Prostitution, Waffenbesitz, Schutzgelderpressung, Drogenhandel bis hin zu Mord. Dazu kommt Einfluss auf legale Geschäfts- und Wirtschaftsbereiche (Sicherheits- und Speditionsgewerbe, Gastronomie, Tattoo Studios, Diskotheken).

In den letzten 7 Jahren wurden allein im Land Berlin 636 Ermittlungsverfahren geführt. Es gab 522 Festnahmen und 378 Jahre Freiheitsstrafen für die Angehörigen dieser Rockerclubs. Zwischen den beiden Rockergruppen „Hells Angels MC“ und „Bandidos MC“ gibt es erbitterte Machtkämpfe, weil die Hoheitsgebiete abgesteckt werden. Das Land Berlin hat frühzeitig die Problematik erkannt und vor über 10 Jahren ein Fachdezernat für organisierte Kriminalität mit dem Leitenden Kriminaldirektor Herrn Finger, eingerichtet. Seit 2012 existiert eine Task-Force bei der Berliner Staatsanwaltschaft mit einem Leitenden Oberstaatsanwalt an der Spitze. In diesem Monat findet ein wichtiger Prozess gegen die „Bandidos MC“ in Berlin statt.

Die Verbotsverfügung vom 24.05.2012 gegen die HAMC macht deutlich, dass Unbeteiligte in Berlin bisher sehr viel Glück hatten, nicht bei einer Auseinandersetzung zwischen den Rockergruppierungen getötet zu werden. Ein Beispiel zeigt, wie gefährlich dies sein kann. Am 23.06.2006 kam es auf der Beusselstraße zu einer Auseinandersetzung eines Mitglieds des „Red Devils MC Berlin“ mit einer scharfen Schusswaffe. Unbeteiligte Passanten waren in der Nähe. Am 27.08.2007 wurde der Täter zu 3 Jahren und 3 Monaten verurteilt.

Die Sicherheitsbehörden registrieren seit Jahren eine steigende Gefahr durch die Rockerkriminalität. Die Berliner Polizei kämpft seit Jahren aktiv dagegen an. Es ist endlich an der Zeit, dass die Politik insgesamt Antworten gibt und ein Netzwerk aus Repression und Prävention schafft. Die rechtlichen Möglichkeiten sind gegeben und müssen ausgeschöpft werden. Ein besonderer Schwerpunkt muss auf die Rekrutierung von neuen Rockern gelegt werden. Dabei geht es um eine enge Kooperation mit der „Bikerszene“ (Bikerunion). Vor allem dort um das Sympathisantenumfeld.

Das Land Berlin sollte Vorreiter bei der Entwicklung eines „Aussteigerprogrammes“ werden. Der Leitende Kriminaldirektor Finger hat damit jetzt eine wichtige Diskussion angestoßen, welche wir unterstützen müssen. Ein großes Augenmerk muss auf den legalen und illegalen Geschäftsbereich gelegt werden. Der Verfolgungsdruck muss spürbar sein.

Es wird Aufgabe der Berliner Sozialdemokraten sein, einen Maßnahmenkatalog gegen Rockerkriminalität zu entwickeln und zu forcieren. **Tom Schreiber, MdA** □



Fraktionschef Raed Saleh, Marzahn-Hellersdorfs Bürgermeister Stefan Komoß, Stadtrat Rainer Hölmer aus Treptow-Köpenick und Lichtenbergs Bürgermeister Andreas Geisel auf der Route der TVO. Foto: SPD-Fraktion

Einsatz für die TVO

„Die SPD-Fraktion bekennt sich klar zum Bau der Tangentialen Verbindung Ost“, erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh bei einem Besuch in Biesdorf. „Sie ist ein dringend notwendiges Infrastrukturvorhaben mit einer wichtigen Bedeutung für Berlin.“ Mit der TVO, so Saleh und die Abgeordnete Liane Ollech, erhalten die Gewerbegebiete im Osten der Stadt und der Flughafen BER eine bessere Anbindung. Außerdem werden Anwohnerinnen und Anwohner vom Durchgangsverkehr in ihren Wohnvierteln entlastet. **BS** □

Wohnen:

„Gut, sicher und preiswert wohnen“

Senat und Wohnungsbaugesellschaften schließen Bündnis für bezahlbare Mieten

Das „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“ ist von Stadtentwicklungssenator Michael Müller und den Geschäftsführern der sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften unterzeichnet worden. Zuvor hatte der Berliner Senat das Bündnis beschlossen.

„Zusammen mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften haben wir mit dem Mietenbündnis ein Instrument der sozialen Wohnungspolitik erarbeitet und umgesetzt, durch das wir positiv auf die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt einwirken können“, erklärte Stadtentwicklungssenator Michael Müller. „Ich freue mich, dass wir diesen wichtigen Schritt jetzt tun, damit wir für Berlin auch in Zukunft bezahlbaren Wohnraum erhalten können.“

Die sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften degewo, GESOBAU, GEWO-BAG, HOWOGE, STADT UND LAND und WBM verfügen derzeit über ca. 277.000 Wohnungen, deren Mieterinnen und Mieter die neuen Regelungen unmittelbar zugute kommen. Der Wohnungsbestand in städtischem Besitz soll noch in dieser Legislaturperiode durch Zukauf und Neubau auf 300.000 erhöht werden.

Sozialverträgliche Miethöhen für Bestandsmieter sollen durch Einführung einer Sozialklausel erreicht werden, die individuelle Lösungen ermöglicht. Zu den Regelungen des Bündnisses gehören bei Mieterhöhungsverfahren eine Beschränkung der individuellen Nettokaltmiete auf 30 % des Haushaltsnettoeinkommens sowie Härtefallregelungen. Der Mieterverein kritisierte zwar, nach seinen Berechnun-



Bei städtischen Gesellschaften gilt ein Mietenbündnis.

Foto: Horb

gen würden Mietern damit Mieten von 6 bis 8 Euro nettokalt pro Quadratmeter zugemutet. Doch dazu soll es ja gerade nicht kommen. Denn die städtischen Wohnungsunternehmen halten sich mit dem Bündnis bereits jetzt freiwillig an Regelungen zur Begrenzung von Mieterhöhungen, die die Berliner SPD auch auf Bundesebene durchsetzen möchte. Mieten sollen danach maximal um 15 % in vier Jahren und maximal bis zum Berliner Mietspiegel erhöht werden dürfen (statt derzeit 20 % in drei Jahren). Auch eine Modernisierungsumlage darf - entsprechend einer Berliner Bundesratsinitiative - maximal 9 % der aufgewandten Kosten betragen, um so verträgliche Mietbelastungen modernisierter Wohnungen zu erreichen. Bei Wiedervermietung wird innerhalb des S-Bahn-Rings jede zweite Wohnung und außerhalb des S-Bahn-Rings jede dritte Wohnung quartiersbezogen zur ortsüblichen Vergleichsmiete

an Haushalte mit Anspruch auf Wohnberechtigungsschein vergeben. Ein fairer Wohnungstausch wird gewährleistet, wenn Mieter eine größere Wohnung aufgeben wollen, um in eine kleinere zu ziehen. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften bilden hierzu einen gemeinsamen Pool.

Um den Wohnungsneubau zu unterstützen, erhalten die städtischen Wohnungsbaugesellschaften auf der Grundlage überzeugender Wohnungsbaukonzepte per Direktvergabe städtische Grundstücke zum Verkehrswert oder als Sachwerteinlage. Vereinbart ist ein Pilotprojekt über die Bereitstellung von 14 Grundstücken als Sachwerteinlage für die städtischen Wohnungsbaugesellschaften in 2012, für Wohnungsneubau zu verträglichen Mieten für breite Schichten.

„Das Bündnis wird dazu beitragen, dass die Mieterinnen und Mieter bei den sechs städtischen Wohnungsunternehmen gut, sicher und preiswert wohnen“, so Michael Müller. „Gut“, weil die Unternehmen ihre Anstrengungen zur Modernisierung und Instandhaltung der Wohngebäude, des Wohnumfeldes und zur Einsparung von Energie intensivieren werden; „sicher“, weil kein Mieter aus seiner Wohnung verdrängt werden wird und „preiswert“, weil die Mieterhöhungen im Durchschnitt bei einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft geringer ausfallen werden als auf dem übrigen Berliner Wohnungsmarkt. Diese Entwicklung wird im Übrigen auch der Berliner Mietspiegel reflektieren - zum Vorteil aller rd. 1,6 Mio. Berliner Mieterhaushalte. **BS □**

Nachtragshaushalt ohne neue Schulden

Zusätzliche Kosten des neuen Flughafens liegen bei 444 Millionen Euro

Über einem Nachtragshaushalt werden jetzt die zusätzlichen Kosten des neuen Flughafens finanziert. Dabei kommt der Senat ohne zusätzliche Schulden aus. Der Anteil Berlins von 444 Millionen Euro wird aus Steuererhöhungen (250 Millionen Euro), sonstigen Mehreinnahmen etwa aus Geldbußen und EU-Erstattungen (109 Millionen Euro) und geringeren Ausgaben für Zinsen (85 Millionen Euro) finanziert.

Damit werde der haushaltspolitische Konsolidierungskurs nicht verlassen, betonte Finanzsenator Ulrich Nußbaum. Die 444 Millionen Euro bilden eine Rücklage im Haushalt und werden erst bei Bedarf an

die Flughafengesellschaft überwiesen, die ihre Aufgaben weiterhin aus den Einnahmen der beiden Flughäfen finanziert. Nur ein Teil der Zusatzkosten des Flughafens hat mit der verspäteten und nun für den 27. Oktober 2013 vorgesehenen Eröffnung zu tun. Einen beträchtlichen Umfang haben auch die Mittel für zusätzlichen Schallschutz der Anwohnerinnen und Anwohner. Berlin, Brandenburg und der Bund teilen sich die Ausgaben nach ihren jeweiligen Anteilen an der Flughafengesellschaft (Bund 26 Prozent, Berlin und Brandenburg je 37 Prozent)

Der Regierende Bürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzende der Flughafengesellschaft hat am Donnerstag im Abgeordne-

tenhaus eine Regierungserklärung zum Flughafen abgegeben. Nach einer Bestandsaufnahme durch den neuen Technik-Chef der Flughafengesellschaft, Horst Amann, liegt mit dem 27. Oktober nun ein verantwortbarer Eröffnungstermin vor. Die Neustrukturierung des Baubereichs hat begonnen, es müssen neue Pläne erstellt werden.

Der Flugverkehr nahm weiter zu: Im August zählten die Flughäfen Tegel und Schönefeld insgesamt 2.325.666 Passagiere. Das sind 8,6 Prozent mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Kumuliert wurden von Januar bis August 2012 insgesamt 16.600.533 Passagiere abgefertigt, eine Steigerung um 5,7 Prozent. **BS □**

Wohnungspolitik:

„Wir sind mehr als nur ein Vermieter“

Im BS-Interview: degewo-Vorstandsmitglied und Sozialdemokrat Frank Bielka

„Die Mietendiskussion darf die Quartiersentwicklung nicht in den Hintergrund drängen“, sagt Frank Bielka im Interview mit der BERLINER STIMME. Seit 2003 ist er Vorstandsmitglied der degewo, des größten der sechs städtischen Wohnungsunternehmen von Berlin.

Berliner Stimme: Mehr als 70.000 Wohnungen hat die degewo. Wie viele davon stehen im Durchschnitt leer? Wie lange brauchen Sie, um Nachmieter zu finden?

Frank Bielka: Wir brauchen heute oft nur wenige Tage, bis eine Wohnung wieder vermietet ist. Wobei das von Quartier zu Quartier variiert und natürlich auch von der Lage abhängt. Der marktbedingte Leerstand im Gesamtkonzern liegt aktuell bei etwa 2 Prozent. Zum Vergleich: 2006 standen noch gut fünf Prozent unserer Wohnungen leer.

Berliner Stimme: Liegt das an den tollen und gut ausgestatteten Wohnungen der degewo?

Frank Bielka: Wir investieren eine ganze Menge, um unsere Wohnungen attraktiv zu halten und ihren Wert zu steigern. Bis zum Jahr 2016 geben wir rund 260 Millionen Euro aus, um mehr als 6.000 Wohnungen zu modernisieren. Wobei wir dabei natürlich auch an unsere Mieter denken, die über ihre Nebenkosten die stetig steigenden Energiepreise zahlen müssen. Wird die Fassade gedämmt, die Fenster, die Heizung, die Stränge modernisiert, dann erzielen wir damit hervorragende Effekte. Die Nebenkosten sinken, der Wohnkomfort steigt.

In Marienfelde, wo wir in unserem Quartier „Mariengrün“ umfassend modernisieren, zahlen unsere Mieter heute durchschnittlich 1,22 Euro/m² monatlich für Heizung und Warmwasser. Nach der Sanierung wird es mit 73 Cent/m² im Durchschnitt nur noch gut die Hälfte sein. Bei einer 70-m²-Wohnung spart der Mieter also 34 Euro Betriebskosten im Monat.

Warmmietenneutral ist die energetische Sanierung in der Regel zwar nicht zu finanzieren, doch ergibt sich für Bestands- wie Neumieter eine vergleichsweise moderate Mietsteigerung von durchschnittlich etwa 6 Prozent - wenn man die Ersparnis bei den warmen Betriebskosten mitberechnet. Gerade die Bestände, die modernisiert wurden, sind anschließend enorm nachgefragt. Der Leerstand liegt dann bei durchschnittlich nur 1,5 Prozent. In aller Regel sind wir dann voll vermietet.

Berliner Stimme: Wie macht sich die



Frank Bielka ist seit 2003 Vorstandsmitglied der degewo, des mit rund 72.000 verwalteten Wohnungen größten kommunalen Wohnungsunternehmens Berlins. Zuvor hat der studierte Betriebswirt (TU Berlin) zwölf Jahre lang die Entwicklung Berlins als Staatssekretär der Senatsverwaltungen für Bau- und Wohnungswesen, Stadtentwicklung und Finanzen mitgestaltet. Von 1989 bis 1991 war er Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln. Frank Bielka ist Mitglied der SPD. Foto: degewo

veränderte Situation auf dem Wohnungsmarkt bemerkbar?

Frank Bielka: Die Situation auf dem Wohnungsmarkt in unserer Stadt hat sich insgesamt verändert. Immer mehr Menschen ziehen nach Berlin. Die Innenstadtpreise sind für manche nicht mehr bezahlbar und dadurch zieht die Nachfrage auf dem „normalen“ Wohnungsmarkt an. Diese Nachfrage zu befriedigen fällt uns in einzelnen Quartieren und in manchem Marktsegment zunehmend schwer. Großzügige Wohnungen für Familien und kleine Wohnungen für Singles werden oft stärker nachgefragt als wir sie im Bestand haben.

Berliner Stimme: Stadtentwicklungssenator Michael Müller sieht eine Aufgabe der städtischen Wohnungsunternehmen auch darin, die Mietpreisentwicklung in Berlin zu stabilisieren. Welchen Beitrag kann die degewo leisten? Wie werden die Mieten kalkuliert?

Frank Bielka: Wir leisten einen ganz erheblichen Beitrag. Denn wir bewegen uns mit unseren Mieten schon seit einigen Jah-

ren unterhalb des Mietspiegels. Das heißt: Wir erhöhen die Mieten, da wo wir könnten, nicht einfach pauschal, sondern sehen uns die Situation unserer Mieter in den Quartieren genau an. Wo es soziale Härten gibt, etwa ein besonders geringes Familieneinkommen oder eine kleine Rente, fällt eine Mieterhöhung auch schon mal geringer aus oder wird verschoben. Unsere durchschnittliche Nettokaltmiete im freifinanzierten Bestand lag mit 5,15 Euro/m² zum Jahresende 2011 deutlich unter der ortsüblichen Vergleichsmiete gemäß Mietspiegel in Höhe von 5,29 Euro/m² in denselben Stadtteilen. Wir sind also bereits sehr aktiv bei dieser Thematik.

Berliner Stimme: Welche Faktoren beeinflussen die Mieten außerdem? Geht es tatsächlich nur ums Geld?

Frank Bielka: Das Thema Mietpreisentwicklung ist aus meiner Sicht deutlich vielschichtiger, als es in der Öffentlichkeit zurzeit den Anschein hat. Unser Ziel als Wohnungsunternehmen ist es ja, das die Menschen sich in ihrem Stadtquartier wohl fühlen. Dafür bewegen wir in den Kiezen eine ganze Menge und investieren ganz erheblich in die soziale Quartiersentwicklung. Dabei gehen wir aber nicht nach dem Gieskannenprinzip vor, sondern entscheiden uns für Projekte, von der wir uns eine nachhaltige Wirkung versprechen. Ich nenne zwei Beispiele:

SOLIDE WIRTSCHAFTLICHE BASIS
SCHAFFT SPIELRÄUME

Die Bildungsverbände Gropiusstadt, Brunnenviertel und Marienfelde, die auf Initiative der degewo entstanden sind, und das in diesem Jahr gestartete Projekt „Jule“ für junge Alleinerziehende. Möglich sind solche Projekte aber durch den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens. Die Miete als einzige Einnahmequelle eines Wohnungsunternehmens, sinkende Leerstände und kontinuierlicher Abbau der Altschulden - dies sind die wesentlichen Faktoren für den Erfolg der degewo. Nur weil wir auf allen diesen Feldern seit nunmehr sieben Jahren erfolgreich wirtschaften, können wir, wie soeben beschrieben, 260 Millionen Euro beispielsweise in die energetische Sanierung unseres Gebäudebestands investieren und auf diese Weise zum Klimaschutz beitragen.

Die solide wirtschaftliche Basis schafft erst die Spielräume für die Berücksichtigung sozialer Kriterien bei Mietsteigerung-

Fortsetzung Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

gen, Investitionen in barrierearme Wohnungen oder Initiativen der Quartiersentwicklung. Ich meine, dass dieser Gesamtzusammenhang nicht aus den Augen verloren gehen darf. Die hohe Integrationsleistung der degewo und das enorme Engagement bei der Quartiersentwicklung müssen in der Diskussion berücksichtigt werden. Stabile Nachbarschaften und Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif.

Berliner Stimme: Wird die degewo wieder stärker in den Neubau von Wohnungen einsteigen? Welche Rahmenbedingungen sind dafür notwendig?

Frank Bielka: Berlin braucht Wohnungsneubau - wir haben uns schon vor drei Jahren dafür ausgesprochen den Neubau zu verstärken und die Rahmenbedingungen dafür zu verbessern. Die Landesregierung hat in ihrer Koalitionsvereinbarung beschlossen, jährlich 6.000 neue kommunale Wohnungen in Berlin entstehen zu lassen. Das wird die Engpässe auf dem Berliner Wohnungsmarkt nicht mit einem Schlag lösen, aber zu einer Entspannung führen.

UNENTGELTLICHE GRUNDSTÜCKSVERGABE NUTZT DEN MIETERN

Ich begrüße den Ansatz, den kommunalen Unternehmen Grundstücke unentgeltlich zu überlassen. Denn müssten wir auch noch die Kosten für die Grundstücke für Neubauten aufwenden, würde sich das zusätzlich auf die spätere Miete auswirken. Die degewo plant daher auch mehrere Neubauprojekte auf eigenen Grundstücken. In verschiedenen Stadtteilen rechnen wir so mit einem Gesamtvolumen von bis zu 725 Wohnungen. In der Gropiusstadt haben wir dafür bereits einen städtebaulichen Wettbewerb gestartet. In dessen Folge wollen wir bis zu 400 Wohnungen auf degewo-Grundstücken neu bauen.

Dabei setzen wir vor allem, aber nicht nur, auf Mietwohnungen. Unsere Analyse hat ergeben, dass die Nachfrage in der Gropiusstadt selbst, aber auch im weiteren Umfeld vorhanden ist. Allen, die glauben Neubau werde die Problematik am Wohnungsmarkt lösen, sei aber gesagt: Neubau kostet Geld. Wir müssen mit Mieten seitens von 8 Euro nettokalt rechnen - ob auf eigenen Grundstücken oder auf kostenfrei vom Land Berlin zur Verfügung gestellten Flächen. Das Segment am unteren Ende des Mietspiegels können wir damit nicht bedienen. Aber wir rechnen mit Nachzieheffekten, wenn Wohnungen im günstigen Segment frei werden, weil deren Mieter in einen Neubau ziehen.

Berliner Stimme: Wie eng ist die Zusammenarbeit der städtischen Unternehmen miteinander?

Frank Bielka: Wir arbeiten selbstver-



Mietergärten in Kreuzberger degewo-Siedlung: Jung und Alt beteiligen sich.

Foto: degewo

ständig gut zusammen und stimmen uns regelmäßig ab. Nicht zuletzt handeln wir auch gemeinsam, wenn es um die Aufgaben geht, die wir für das Land Berlin erfüllen - von den Investitionen in den Klimaschutz bis hin zum Engagement für die soziale Quartiersentwicklung.

Ein konkretes Beispiel: Zusammen mit der Gesobau haben wir Anfang dieses Jahres rund 4.700 ehemalige BVG-Wohnungen von einem privaten Investor übernommen und verwalten diese nun gemeinsam mit einer neuen Gesellschaft. Neben aller Zusammenarbeit bleiben die sechs städtischen Wohnungsunternehmen jedoch Wettbewerber auf dem Berliner Wohnungsmarkt. Und das ist auch gut so. Wettbewerb spornt uns an, unsere Dienstleistungen für die Menschen in unserer Stadt stetig zu verbessern. Darüber hinaus identifizieren sich die Mieter ja auch ein Stück weit mit ihrem Wohnungsunternehmen.

Berliner Stimme: Der Leitspruch der degewo lautet „Verantwortung für die Stadt“. Was verstehen Sie darunter? Und vor allem: Wie äußert sich das konkret?

Frank Bielka: Verantwortung für die Stadt heißt für uns, dass wir uns umfassend um die Quartiere kümmern, in denen wir Bestände haben. Wir sind mehr als nur ein Vermieter. Wir wollen vielmehr gestalten und die Quartiere entwickeln, das hat die degewo bereits 2005 in einem Leitbild festgeschrieben.

Wir verfolgen dabei das Prinzip der integrativen Stadtentwicklung. Ziel ist es, die Menschen erfolgreich in ihr Stadtquartier zu integrieren. Deswegen ist eine ganzheitliche Betrachtungsweise erforderlich, ein Zusammenführen aller Akteure vor Ort: der Bewohner, Schulen, Kitas, Verwaltungen, Quartiersmanagements, Vereine. Um die Quartiersarbeit vor Ort operativ zu stärken, haben wir eigene Stadtteilmanager eingeführt. Im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen Themen wie die Schaffung von mehr Bildungsangeboten, die Ansiedlung von Kreativen, die Förderung von neuen Geschäftsideen im Mittelpunkt.

Dass diese degewo-Strategie erfolgreich

ist, belegt das Brunnenviertel im Wedding, wo sie erstmalig zum Einsatz kam. Hier etablierte sich der erste Bildungsverbund aus Schulen und Kitas, der mittlerweile auf zahlreiche Erfolge verweisen kann. Heute erlebt das Quartier eine neue Anziehungskraft, z.B. ziehen vermehrt junge, gut ausgebildete und einkommensstarke Familien zu, was die Vermietungszahlen beweisen. Damit sichern wir in unseren Quartieren eine gute Berliner Mischung. Weitere Bildungsverbünde gibt es inzwischen in der Gropiusstadt und in Mariengrün.

WOHNEN UND DEMOGRAFIE

Berliner Stimme: Wie reagiert ein städtisches Wohnungsunternehmen auf die demografische Entwicklung?

Frank Bielka: Das ist ein Zukunftsthema für uns, dem wir uns bereits heute sehr intensiv widmen. Klar ist, die Deutschen werden immer älter. Das hat auch für die Wohnungswirtschaft ganz erhebliche Folgen. Denn ältere Menschen haben andere Anforderungen an ihre Wohnung und ihr Wohnumfeld. Dem versuchen wir bereits heute Rechnung zu tragen. Wenn wir energetisch modernisieren, dann wird ein bestimmter Prozentsatz an Wohnung automatisch altersgerecht saniert. Die entsprechenden Wohnungen und Häuser werden dann barrierearm ausgestattet.

Zudem bekommt der Aspekt des betreuten Wohnens eine immer stärkere Bedeutung für uns. Denn die Mieter möchten doch so lange es irgendwie geht in der vertrauten Wohnung und Umgebung wohnen bleiben. Manche müssen dabei betreut werden und genau dabei helfen wir. Gemeinsam mit der STADT UND LAND haben wir das Programm „SOPHIA“ ins Leben gerufen: Soziale Personenbetreuung - Hilfen im Alltag.

Wir werden auch in Zukunft kreative Ideen entwickeln, wie wir auf die zunehmende Zahl an älteren Menschen reagieren können und wie wir ihnen das Wohnen bei uns so angenehm wie möglich machen können. **Frage: Ulrich Horb** □

Familienpolitik:

Versprechen gehalten

Kita-Ausbau und neue Familienzentren

Jugend- und Familiensenatorin Sandra Scheeres zeigt, wie verlässliche Politik geht. Bereits ein Jahr nach den Abgeordnetenhauswahlen hat sie zwei wichtige Projekte auf den Weg gebracht: den Ausbau von Kita-Plätzen und die Einrichtung von Familienzentren. Beide Forderungen wurden ursprünglich im SPD-Fachausschuss „Jugend und Familie“ erarbeitet, gelangten ins SPD-Wahlprogramm und wurden in die Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU übernommen.

AUF DIE PLÄTZE,
KITAS, LOS!

In Berlin werden 19.000 neue Kita-Plätze benötigt. Davon werden in den nächsten Jahren 8.000 über laufende Maßnahmen - also neu entstehende oder erweiterte Kitas - geschaffen. 11.000 Plätze sollen über ein neues Förderprogramm entstehen. Anfang Juli startete das Landesprogramm „Auf die Plätze, Kitas, los“. Bis 2015 können Träger von Kindertageseinrichtungen Anträge auf finanzielle Unterstützung stellen. Das Programm enthält drei Säulen: In der Säule „Starthilfe“ werden in kleinen, schon bestehenden Kitas zusätzliche Plätze mit bis zu 1.000 Euro pro Platz bezuschusst. In der Säule „bauliche Maßnahmen“ wird der Um- und Ausbau von Kitas mit bis zu 7.000 Euro pro Platz gefördert. In Einzelfällen werden auch komplette Neubauten unterstützt. Ab 2013 startet die dritte Säule: Dann gibt es laufende Mietkostenzuschüsse in Bezirken mit großem Bedarf.

Das Land Berlin investiert bis 2013 insgesamt 20 Millionen Euro in die Zukunft unserer Kinder. Damit stärkt Berlin seine Familienfreundlichkeit und ist gut auf den Rechtsanspruch für Kinder unter drei Jahre ab August 2013 vorbereitet: Schon jetzt liegt die Betreuungsquote mit 63 Prozent an der Spitze der Bundesrepublik, bis 2015 wird eine Quote von 70 Prozent erwartet.

24 FAMILIENZENTREN
ENTSTEHEN

Bis zum 31. August konnten sich Träger für das zweite große Förderprogramm bewerben. Bis 2013 sollen 24 Familienzentren entstehen, zwei in jedem Bezirk. Die Familienzentren richten sich an Eltern und Angehörige von jüngeren Kindern und sollen daher rund um Kitas entstehen. Zugleich sollen sie die Akteure des Sozialraums wie z.B. Stadtteilzentren, Jugendzentren, Sportangebote, Schuldnerberatungen oder



Bildungssenatorin Sandra Scheeres.

Foto: Frank Schulenberg

Schulen einbeziehen. Ziel ist die niedrigschwellige Unterstützung von Familien. Wenn 93 Prozent aller Kinder zwischen drei und sechs Jahren eine Kita besuchen, macht es Sinn, die Eltern dort „abzuholen“!

Pro Familienzentrum wird eine Dreiviertelstelle (Fachkraft Sozialarbeit / Sozialpädagogik) gefördert, zusätzlich gibt es eine Pauschale von 12.000 Euro.

Wer das SPD-Wahlprogramm aufmerksam gelesen hat, weiss: Wir haben 200 Familienzentren für ganz Berlin gefordert. Das Förderprogramm ist aber immerhin ein Einstieg! Deshalb ist es richtig, jetzt mit besonders benachteiligten Quartieren zu beginnen. Jeder Bezirk konnte zwei Sozialräume auswählen, wobei die Transparenz und Beteiligung der Jugendhilfeausschüsse unterschiedlich war. Das muss besser werden.

Der Name „Familienzentrum“ mag zu Missverständnissen führen: Schließlich gibt es in Berlin bereits seit Jahrzehnten solche Einrichtungen. Neu ist, dass der pädagogische und sozialpolitische Ansatz jetzt zur nachhaltigen Strategie der Landespolitik wird: In der Perspektive sollen in allen Kiezen Angebote für Familien besser vernetzt werden und Eltern, Kinder und Jugendliche ohne Hürden Beratung und Hilfe zu allen Lebenslagen erhalten.

Die Berliner SPD ist 2011 angetreten, um das Leben von Familien in der Metropole zu verbessern. Gute und ausreichend Kita-plätze sowie niedrigschwellige Unterstützung von Familien sind dabei wichtige Schritte. In dieser Koalition ist die SPD die Familienpartei. Und das ist gut so!

Barbara König □

➔ Weitere Infos: www.berlinerfamilienzentren.de

<http://www.berlin.de/sen/familie/index.html>

E HRENAMT IN BERLIN

Mit Besen und Schaufel

„Berlin – unsere saubere Stadt: Mach mit!“ So lockt am heutigen Sonnabend die zweite Berliner-Engagement-Woche zum Aktionstag. In vielen Teilen der Stadt greifen Initiativen zu Besen und Schaufel, auch etliche SPD-Abteilungen rufen zur Teilnahme auf.

„In diesem Jahr werden mehr als 100 Aktionseinsätzen in allen Bezirken durchgeführt, von Marzahn-Hellersdorf, wo die Arche Grundschule verschönert wird, bis zum Ku`Damm, wo eine Müllsammelaktion stattfindet“, so Hella Dunger-Löper, Beauftragte des Senats für bürgerschaftliches Engagement. Bereits der 1. Aktionstag 2011 hat alle Erwartungen übertroffen: Über 1.500 Teilnehmer in 65 Aktionseinsätzen trugen zur Verschönerung der Stadt bei. Hella Dunger-Löper: „Dem Veranstalter ist die nachhaltige Wirkung des Projektes von besonderer Bedeutung, denn die Aktion sollte zu keiner Eintagsfliege werden. Alle Berlinerinnen und Berliner jeder Altersgruppe und Kulturzugehörigkeit sind dazu herzlich aufgerufen gemeinsam ihrer Stadt mehr Lebensqualität, Freundlichkeit und Attraktivität einzuhauchen.“

Hier sind Berliner SPD-Mitglieder dabei:

➔ **Südsterne Picobello** im Rahmen des Aktionstags „Berlin - unsere saubere Stadt. Mach mit“, am 15. September 2012 ab 11:00, Fürbringerstr./Schleiermacherstr.

➔ **Friedenau räumt auf** am 15.09.2012. Das Netzwerk Friedenau wird nicht nur am 15.09. unsere Plätze, Grünflächen auf den Mittelstreifen und Straßen säubern, sondern demnächst das Areal rund um die Bürgerlinde neu anlegen. Treffpunkt für die Friedenauer Gruppen ist auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz um 10 Uhr.

➔ **SPD Schöneberg**. Gemeinsam mit vielen Kiezbewohnerinnen und -bewohnern möchten wir gerne u. a. den Platz um die Apostel-Paulus-Gemeinde reinigen. Wir treffen uns um 11 Uhr vor der Apostel-Paulus-Kirche an der Ecke Grunewaldstraße/ Akazienstraße.

➔ **SPD Lankwitz**. Wir beteiligen uns am 2. Aktionstag „Berlin - unsere saubere Stadt: Mach mit!“ Die Reinigung des „Lankwitzer Dreieck“ ist eine Initiative des Runden Tisches Lankwitz-Südende. Die Aktion startet um 10 Uhr im Rosengarten hinter der Käseglocke, geht weiter rund um Lankwitz Kirche und endet hinter dem Rathaus Lankwitz.

➔ Die **SPD Oberschöneweide** ruft am 15. September wieder zur Putzaktion in der Wuhlheide auf. Treffpunkt ist der Waldfriedhof Oberschöneweide um 10 Uhr.

mehr Beispiele in der nächsten Ausgabe

Rentenfachtagung:

Die gesetzliche Rente stärken

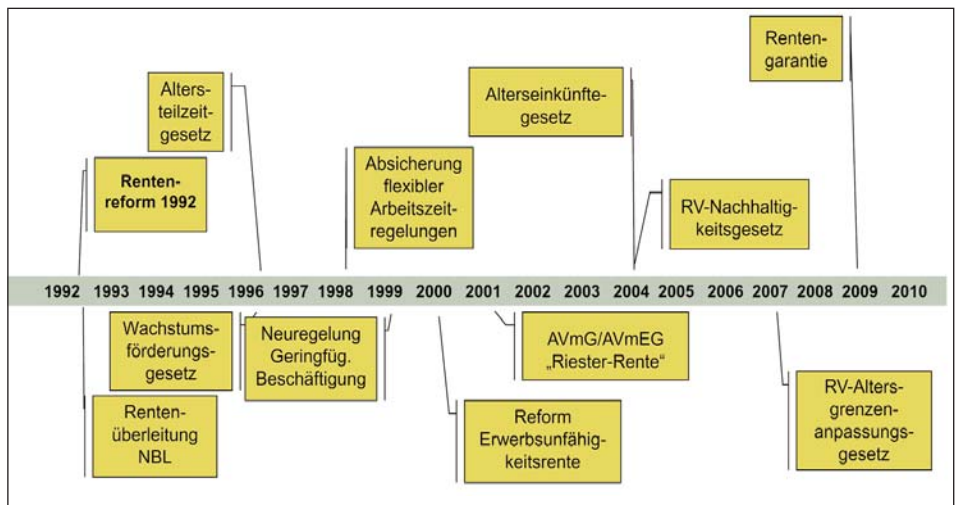
Experten fordern Verbesserungen am Arbeitsmarkt und Festhalten am Umlagesystem

Die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung hat sich grundsätzlich bewährt - und sie kann zukunftssicher gemacht werden. Dafür muss allerdings möglichst rasch gehandelt werden. Das wurde auf der Rentenfachtagung der Berliner SPD deutlich.

Die Rentenversicherung steht vor einer Reihe von Herausforderungen, die seit längerem bekannt sind. Das machte Dr. Stephan Fasshauer, stellvertretender Geschäftsführer der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg, zu Beginn der Tagung deutlich. Einer zunehmend höheren Lebenserwartung steht eine geringe Geburtenrate gegenüber. Familiäre Strukturen haben sich verändert, eine Zunahme von Teilzeitarbeit und befristeten Job führt zu geringerer Absicherung, die Globalisierung bringt einen höherem Kostendruck mit sich. In Berlin, einer in den vergangenen Jahren sogar wachsenden Stadt, wird bis 2030 nur ein leichter Bevölkerungsrückgang erwartet, der dann bis 2060 auf minus 16 Prozent steigt. Zu diesem Zeitpunkt wird Brandenburg, so die Prognose, bereits ein Drittel seiner Bevölkerung verloren haben.

Die durchschnittliche Bezugsdauer einer Rente steigt seit Jahren deutlich und hat sich zwischen 1960 und 2011 nahezu verdoppelt. Die Politik hat seit Jahren mit Gesetzesänderungen darauf reagiert, die vor allem Leistungskürzungen zur Folge hatte. Als Untergrenze ist derzeit ein Rentenniveau von 43 Prozent des durchschnittlichen Einkommens festgeschrieben. Wer im Jahr 2000 in Altersrente ging, erhielt durchschnittlich 804,21 EUR (bei Erwerbsminderung 724,22 EUR). 2011 steigen die Altersrentenempfänger nur noch mit durchschnittlich 756,29 EUR (EM-Renten 543,81 EUR) ein. In Berlin ist die Situation durch die schwierige Arbeitsmarktsituation der vergangenen Jahre, die sich in geringeren Rentenzahlungen ausdrückt, noch dramatischer.

Die von Bundesarbeitsministerin von der Leyen propagierte Zuschussrente werde da zu Enttäuschungen führen. „Wir werden zehntausend Anträge bekommen“, vermutet Fasshauer, „aber es gibt in Berlin nur 850 Anspruchsberechtigte.“ Denn zu den Voraussetzungen gehören Faktoren, die gerade viele Mini-JobberInnen und Geringqualifizierte nicht erfüllen können: Sie brauchen zunächst 40 Versicherungsjahre in der GRV, davon 30 Jahre Pflichtbeiträge aus Beschäftigung sowie mit Zeiten der Kindererziehung oder Pflege, ab 01.01.2023



Änderungen an der gesetzlichen Rente. Grafik: Vortrag Stephan Fasshauer/Deutsche Rentenversicherung

dann 45 bzw. 35 Jahre. Ab 2019 müssen sie zusätzlich eine private Altersvorsorge abschließen (stufenweise Erhöhung von 5 Jahren in 2019 auf 35 Jahre im Jahr 2049), was häufig angesichts der geringen Verdienste nicht möglich ist.

ARBEITSMARKT UND RENTENHÖHE

Dr. Judith Kerschbaumer, Leiterin des Bereichs Sozialpolitik in der ver.di Bundesverwaltung, lenkte in ihrem Vortrag das Augenmerk vor allem auf die Arbeitsmarktpolitik und ihre Auswirkungen auf die Rentenhöhe. Wer das Durchschnittsentgelt der alten Bundesländer (Vollzeit, 16 €/Std., mtl. 2.700 €) erhält, hat damit derzeit Anspruch auf rund 28 Euro monatliche Rente erworben. Wer ein Jahr Arbeitslosengeld bekommt, erwirbt damit immerhin noch 22 Euro monatlichen Rentenanspruch, bei Arbeitslosengeld II gibt es dagegen keinen einzigen Cent. Der versicherungsfreie 400-Euro-Job bringt nach einem Jahr ganze 3,11 Euro monatliche Rentenansparung, der versicherungspflichtige Mini-Job 4,06 Euro. Teilzeitbeschäftigte (30 Std. 8 €/Std., mtl. rd. 1.000 €) können nach einem Jahr Arbeit einen monatlichen Rentenanspruch von 10 Euro verbuchen. Für viele Frauen in Mini-jobs ist damit Altersarmut programmiert. Verbessert werden müsse auch die rentenrechtliche Absicherung von Kindererziehung, so Judith Kerschbaumer. Alternativen zur Zuschuss-Rente gebe es. So spricht sich die Gewerkschaft ver.di dafür aus, erworbene Rentenansprüche aus gesetzlicher Versicherung, Riesterrente oder betrieblicher Altersversorgung nicht voll anzurechnen, wenn Grundsicherung bean-

tragt werden muss. „Altersvorsorge muss sich lohnen“, so Kerschbaumer. Bis 100 Euro soll es gar keine Anrechnung geben, zwischen 101 und 200 Euro 50% Anrechnung, von 201-300 Euro 25% Anrechnung. Damit würden Rentner besser gestellt, die vorgesorgt haben, deren Rentenansprüche aber zum Leben nicht ausreichen.

Rudolf Zwiener vom Institut für Makroökonomie der Hans-Böckler-Stiftung stellte im Vergleich mit privater Vorsorge, die von den Finanzmärkten abhängt, die Vorzüge der gesetzlichen Rentenversicherung heraus. Mit den Rentenformen 2001 und 2004 wurde allerdings die Lebensstandardsicherung aufgegeben und durch eine Beitragssatzfixierung ersetzt. Der Beitragssatz zur Rentenversicherung wurde von 20,3 % im Jahr 1998 auf 19,1 % in 2001 und 2002 gesenkt und soll bis zum Jahr 2030 auf nur maximal 22 % steigen. Gleichzeitig, so Zwiener, wurden die Arbeitgeber entlastet und aus der paritätischen Finanzierung entlassen.

Zwiener: „Das Nettorentenniveau von 70,8 % im Jahr 2000 wird schrittweise auf ca. 58,5 % vor Steuern für Personen mit 45 Versicherungsjahren reduziert (SVR 2004). Diese niedrigen Renten werden in Zukunft immer stärker nachgelagert versteuert (zusätzlich wird noch ein halber Beitragssatz zur Krankenversicherung und Pflege erhoben). Allein die nachgelagerte Besteuerung reduziert das Nettorentenniveau z.B. für den Rentenzugangsjahrgang 2030 um 6,3 Prozentpunkte.“

Die zunehmende Überalterung unserer Gesellschaft erfordere in Zukunft höhere absolute und relative Ausgaben für Renten, Zwiener hält dabei das Umlagesystem für die bessere Wahl. **uh** □

SPE-Kongress:

Gemeinsames Ziel Europa

Sozialdemokratische Partei Europas tagt in Brüssel

Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) bereitet sich auf den kommenden SPE-Kongress vor. Er wird am 28. und 29. September nunmehr in Brüssel stattfinden, da der ursprünglich angedachte Tagungsort Bukarest aufgrund der politischen Situation in Rumänien ungeeignet erschien. Alle zwei Jahre treffen sich Delegierte, SPE-AktivistInnen und sonstige Interessierte, um die Richtung der SPE zu bestimmen und den Präsidenten oder die Präsidentin zu wählen.

Zentraler inhaltlicher Programmpunkt wird die Verabschiedung des Leitantes („General Resolution“), „Gemeinsam für unser Europa“ („Together for the Europe we need“) sein. Der Entwurf des SPE-Sekretariats beschreibt zunächst das gemeinsame Ziel der Mitgliedsparteien: Die Schaffung eines progressiven, sozialen und demokratischen Europa, welches Teil der Lösung der Probleme ist, und nicht Teil des Problems, als welches es heute von vielen Menschen in Folge der einseitigen neoliberalen Ausrichtung angesehen wird. Danach werden Maßnahmen, um die Krise in der Eurozone zu überwinden, insbesondere Wachstumsmaßnahmen einschließlich Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Finanzmarktregulierung, dargestellt. Dazu gehört auch eine stärker wachstums- und investitionsorientierte Nutzung der Eigenmittel des Europäischen Haushalts. Es folgt die Forderung, endlich die Währungsunion durch eine Sozialunion mit einem sozialen Stabilitätspakt zu ergänzen, welcher europaweite Mindestlöhne - orientiert am jeweiligen BIP -, die Überwindung der unterschiedlichen Bezahlung von Männern und Frauen sowie die Bekämpfung der Armut umfasst. Da Umweltprobleme nur grenzüberschreitend gelöst werden können, wird die Forderung erhoben, Europa nachhaltig weiterzuentwickeln, und insgesamt zu demokratisieren.

Der Entwurf der Resolution zeigt, wie schwierig es nach wie vor ist, sich auf klare gemeinsame Forderungen zu einigen. So fehlt die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer ebenso wie europäische Mindeststeuersätze und klar definierte Maßnahmen zur Finanzmarktregulierung und zur Demokratisierung der EU. Der Fachausschuss Europa hat hier Ergänzungs- und Änderungsvorschläge erarbeitet, die Philipp Steinberg als Berliner SPE-Delegierter einbringen wird und auch mit den anderen Delegierten sowie den französischen Partnern aus Paris abstimmt. Der Entwurf der Resolution wie auch die Anträ-



PES-Aktivistinnen auf dem Landesparteitag im Juni.

ge können auf der Homepage des FA Europa bzw. der SPE-AktivistInnen Berlin (www.spe-berlin.eu) eingesehen werden. Weitere Änderungsvorschläge sind erwünscht!

Daneben steht die Wahl eines neuen SPE-Präsidenten an. Nachdem der langjährige SPE-Präsident Paul Nystrup Rasmussen vor einiger Zeit aus gesundheitlichen Gründen sein Amt an den ehemaligen bulgarischen Ministerpräsidenten Sergej Stanichev als Übergangspräsidenten abgegeben hat, ist nunmehr eine Neuwahl notwendig. Sergej Stanichev ist der einzige Kandidat. Daneben wird auch der Generalsekretär der SPE neu zu bestimmen sein, da der bisherige Generalsekretär Philippe Corderoy in die französische Nationalversammlung gewählt wurde. Hier können sich die Deutschen Hoffnungen machen, dieses wichtige Amt zu besetzen.

Die Berliner SPD wird mit einer starken Delegation vor Ort sein - neben dem stellvertretenden Landesvorsitzenden und Vorsitzenden des FA Europa, Philipp Steinberg, werden die stellvertretende Delegierte Anja Möbus, die stellvertretenden FA-Europa Vorsitzenden Karin Pieper, Viola Weyer und Gabriel Richard-Molard sowie Johannes Kup an dem Kongress teilnehmen. **PS** □

Der Kongress wird gestreamt und kann im Netz auf den Seiten der SPE verfolgt und kommentiert werden: www.pes.eu.

Nominierungen

In mehreren Kreisen, u.a Tempelhof-Schöneberg, Charlottenburg-Wilmersdorf (siehe auch S.2), und Treptow-Köpenick gibt es vor der Nominierung eines oder einer Bundestagskandidaten Mitgliederforen und Mitgliederbefragungen. Der Landesvorstand befasst sich am Montag mit Richtlinien zur Mitgliederbefragung. Über den Stand der Nominierungen und die Kandidatinnen und Kandidaten informieren wir in der kommenden Ausgabe. **BS** □

FRAKTION INTERN

Berlin ist nicht nur Innenstadt - Raed Saleh zu Besuch in Friedrichshagen. Orts-termin mit der Abgeordneten Renate Harant in Friedrichshagen, einem lebendigen und zugleich beschaulichen Stadtteil im Südosten Berlins - wäre da nicht das schwierige Thema Flugrouten. Bei einem Gang über die Bölschestraße konnte man die Protest-Plakate gar nicht übersehen. So begab sich SPD-Fraktionschef Raed Saleh ins Gespräch mit Flugrouten-Kritikern von der örtlichen Bürgerinitiative. Als Spandauer kennt Saleh die Problematik des Fluglärms aus seinem Wahlkreis und brachte viel Verständnis mit. Er warb aber auch um Akzeptanz für das für Berlin so wichtige Projekt in Schönefeld. Den neuen Lärmschutz-Kompromiss hält er für einen Fortschritt, wünscht sich eine bessere Kommunikation und immer wieder auch Nachsteuerungen, um Belastungen niedrig zu halten.

Am früheren Rathaus Friedrichshagen konnte Saleh dann die neue Liegenschaftspolitik hautnah diskutieren. Die Werbe-gemeinschaft Bölschestraße möchte die Immobilie gerne kaufen, kann aber nicht mit Investoren mithalten. Das Strandbad Müggelsee wurde vor Jahren von den Bäderbetrieben aufgegeben, wird aber jetzt von einem freien Träger und der Bürgergemeinschaft Rahnsdorf betrieben. Saleh zeigte sich beeindruckt, wie bürgerschaftliches Engagement ein Projekt am Leben erhält und vorantreibt und bot seine Unterstützung für das Strandbad an.

Im Gespräch mit den Unternehmern der Bölschestraße ging es darum, wie Verwaltung und kleine Unternehmen möglichst gut kommunizieren, um Reibungsverluste zu vermeiden und Wirtschaft voranzubringen. Klares Statement von Saleh: „Berlin ist nicht nur Innenstadt.“ Die Tourismusförderung und die Wirtschaftspolitik müssen sich auch um die Außenbezirke kümmern, denn hier ist Berlin spannend und hat viele Potenziale.

Paralympische Spiele. „London hat die bisher mit Abstand besten Paralympischen Spiele ausgerichtet“, so die Bewertung von Dennis Buchner, sportpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhaus zum Abschluss der Paralympischen Spiele in London. „Erstmals waren die Wettbewerbe der Menschen mit Behinderungen den Olympischen Spielen praktisch gleichwertig, was den Organisationsaufwand, den Stellenwert, die Stimmung und das Zuschauerinteresse angeht. Die Hälfte der Berliner Teilnehmerinnen und Teilnehmer kommt mit einer Medaille zurück, nahezu alle haben in London ihre Bestleistungen abgerufen.“ **ff/cs** □

Integration:

Religion und Zusammenleben

Im Wortlaut: Die „Grünauer Erklärung“ der Neuköllner SPD

Die Neuköllner SPD setzt sich für einen differenzierten Umgang mit dem Islam ein. In einer „Grünauer Erklärung“, Ergebnis einer Klausurtagung am 3. September, betrachtet sie mit Sorge die Entwicklung radikal islamischer Strömungen in Deutschland, vor allem aber auch im Bezirk Neukölln, macht aber auch deutlich, dass der Islam eine Realität in Deutschland geworden ist. Die BERLINER STIMME dokumentiert die Erklärung im Wortlaut.

Seit fünfzig Jahren leben Muslime dauerhaft in Deutschland. Heute sind es vier Millionen. Etwa die Hälfte davon sind deutsche Staatsbürger. Der Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung steigt. Damit erweisen sich alle Debatten um die Frage, ob der Islam ein Teil von Deutschland sei, als müßig. Der Islam ist gekommen um zu bleiben. Er hat unser Land bereits verändert und er wird das auch weiter tun. Die spannende Frage ist: In welche Richtung?

In einem schwierigen, konflikt- und offerreichen Prozess hat sich in Deutschland im Rahmen der Aufklärung eine gesellschaftliche Verständigung über das Verhältnis von Religion und Staat herausgebildet, die in der Weimarer Reichsverfassung und daraus abgeleitet im Grundgesetz ihren Ausdruck findet.

Sie lässt sich wie folgt zusammenfassen: Religion ist Privatsache. Sie wird aber als positive geistige Kraft begriffen, zu der sich der Staat wohlwollend neutral verhält, indem er mit Religionsgemeinschaften kooperiert, sie unterstützt und fördert. Kirchensteuer und Religionsunterricht sind sichtbare Ergebnisse dieser staatlichen Grundhaltung.

Der Islam in Deutschland muss also in einem historisch gewachsenen Gefüge seinen Platz finden, an dessen Entstehung er selbst keinen Anteil hatte. Einer bruchlosen Eingliederung stehen Hindernisse im Weg.

Aus staatlicher Sicht ist das Fehlen einer einheitlichen Organisationsstruktur, die mit der der katholischen oder evangelischen Kirche vergleichbar wäre, ein besonderes Problem. Ein Ansprechpartner, der für die große Mehrheit der Muslime in Deutschland verbindlich grundsätzliche Vereinbarungen treffen könnte, steht nicht zur Verfügung. Bisherige Lösungsansätze wie die Islamkonferenz der Bundesregierung sind deshalb über den Status unverbindlicher Diskussionsrunden nicht hinaus gekommen.



Beschluss ein Positionspapier zum Umgang mit dem Islam: der Neuköllner SPD-Kreisvorstand.

Foto: SPD Neukölln

2. DISTANZIERTE STRÖMUNGEN IM ISLAM

Dennoch gibt es zu einer aktiven Islam-Politik von Seiten des Staates keine Alternative. Davon, ob und wie die Muslime in Deutschland sich mit diesem Staat identifizieren, wird in Zukunft der innere Frieden mit abhängig sein. Ohne eine klare Haltung, die gegenüber dem Islam denselben Maßstab folgt wie gegenüber anderen Religionsgemeinschaften und die durch transparente Maßnahmen unterlegt ist, wird die Identifikation religiös empfindender Menschen mit dem Staat des Grundgesetzes nicht wachsen können.

Denn von Seiten islamischer Organisationen ist in vielen Fällen Distanz bis Ablehnung gegenüber einem aus dem Grundgesetz definierten Verhältnis des Islam zum deutschen Staat erkennbar. Die größte islamische Glaubensgemeinschaft, die türkisch geprägte DİTİB, die ca. 20 % der Muslime vertritt, ist ihrer Herkunft und ihren Zielsetzungen nach eher den Interessen des türkischen Staates als dem Anspruch des Grundgesetzes verpflichtet. Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüş (8 % der Moscheen) ist ein Zweig des politischen Islam und steht der türkischen Regierungspartei AKP nahe. Dem besonders in den Medien viel beachteten Zentralrat der Muslime gehört mit der traditionsreichen Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD) ein Ableger der internationalen Muslim-Brüderschaft an, deren Devise („Gott ist unser Ziel. Der Prophet ist unser Führer. Der Koran ist unsere Verfassung. Der Jihad ist unser Weg. Der Tod für Gott ist unser nobelster Wunsch.“) mit dem Grundgesetz unvereinbar bleiben wird.

3. RADIKALE STRÖMUNGEN UND IHR EINFLUSS IN NEUKÖLLN UND BERLIN

Noch wesentlich problematischer als gemäßigt islamistische Organisationen, die bei aller inneren Distanz formal stets zu grundgesetz-konformem Verhalten aufrufen, sind radikale Strömungen, die aktiv Rückzugsräume schaffen wollen, in denen ein gottgefälliges Leben, wie sie es verstehen, unbeeinflusst von den Normen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stattfinden kann. Als umfassender Begriff für eine fundamentalistische Denkweise, die einen Alleinvertretungsanspruch für den „wahren“ Islam formuliert, hat sich der Begriff des Salafismus durchgesetzt. In seiner konservativen Ausprägung (Wahabiten) ist dieses Islamverständnis in Saudi-Arabien Staatsideologie, in seiner gewaltbereiten Ausprägung (Dschihadisten) gehen aus dem Salafismus fast alle islamischen Terroristen hervor.

Nach konservativen Schätzungen gibt es in Deutschland drei- bis fünftausend Salafisten, von denen 150 bis 200 als gewaltbereite Dschihadisten eingestuft werden. Da es sich um eine sehr aktive und missionarische Strömung handelt, ist es ihnen durch öffentliche Aktionen wie die bundesweite Koran-Verteilung zu Ostern 2012 gelungen, Aufmerksamkeit zu erregen und viele Menschen mit ihren Botschaften zu erreichen. Als radikale Lehre, die ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und ein klares Weltbild mit festen Regeln vermittelt, ist der Salafismus besonders für verunsicherte Jugendliche attraktiv.

Die wichtigsten Zentren für salafistische Ideologie in Berlin sind die Weddingener As-

Fortsetzung von Seite 10

Sahaba-Moschee und die Al-Nur-Moschee in der Neuköllner Haberstraße. In der Weddinger Moschee fanden allein 2011 vier salafistische Islam-Seminare statt, die nicht nur zur Vermittlung des Gedankenguts, sondern auch als Netzwerktreffen fungierten. Zwischen Mai 2009 und August 2010 sind ca. 20 junge Männer zwischen 18 und 25 Jahren, die so genannte „Berliner Gruppe“, in die afghanisch-pakistanische Grenzregion Waziristan ausgereist, um sich dort in Terrorcamps ausbilden zu lassen. Viele von ihnen hatten sich zuvor regelmäßig in der Al-Nur-Moschee getroffen, die inzwischen um ein gemäßigtes oder zumindest gewaltfreies Image bemüht ist.

Der Salafismus gilt als die am schnellsten wachsende Strömung des Islam in Deutschland. Besonders Konvertiten finden nach ihrer bewussten Entscheidung für den Islam oft hier eine geistige Heimat.

Der auch durch seine Internet-Predigten erfolgreiche salafistische Imam Pierre Vogel ist dafür das prominenteste Beispiel. Salafistische Kleidung und Haartracht (Vollbart, Pluderhose mit langem Hemd, Weste und Gebetsmütze bei Männern, Vollverschleierung in dunklem Tuch mit Gesichtsverdeckung bei Frauen) sind im Nord-Neuköllner Straßenbild längst Alltag geworden.

4. ANSÄTZE FÜR EINE SOZIALDEMOKRATISCHE ISLAM-POLITIK:

Diese Entwicklung muss die Berliner Politik als Alarmzeichen begreifen. Ohne Zweifel können Salafisten – wie andere Extremisten auch – das Grundrecht auf Meinungs- und Religionsfreiheit für sich in Anspruch nehmen, solange sie keine Straftaten begehen und nicht aktiv und kämpferisch auf die Abschaffung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung hinwirken. Aber die SPD darf nicht akzeptieren, dass sich Jahr für Jahr mehr, vor allem junge Menschen der pluralistischen Gesellschaft entfremden und für eine Weltanschauung entscheiden, die weder die Menschenrechte noch die Gleichheit der Geschlechter anerkennt – vom Nährboden des Terrorismus ganz zu schweigen. Um hier rechtzeitig gegenzusteuern, muss die SPD klare Maßstäbe für eine differenzierte Islam-Politik entwickeln.

Integration ist zuerst ökonomische Integration. Dabei bleibt die wirtschaftliche Integration der islamischen Bevölkerung nach unserer Überzeugung die Grundlage jeder anderen Ebene der Integration, sogar der religiösen Integration im Sinne des Grundgesetzes. Je mehr Menschen eine gute Ausbildung und einen sicheren Arbeitsplatz haben, desto weniger sind anfällig für radikale Ideologien. Dieser Grund-

satz gilt unabhängig von Glaube und politischen Anschauungen. Er ist aber für die Muslime in Deutschland von besonderer Bedeutung, weil die meisten von ihnen Teil der Einwanderer-Communities sind, die einen doppelt so hohen Anteil an Arbeitslosen haben wie der Bevölkerungsdurchschnitt. Gute Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und eine aktivierende Sozialpolitik ist deshalb auch gute Religionspolitik.

**BEKENNTNIS ZUR
GLAUBENSFREIHEIT ALS
PRIVATSACHE**

An dem Grundsatz, dass der Glaube eines Menschen Privatsache ist, müssen wir eisern festhalten. Nur dieser Grundsatz ist einer freiheitlich-demokratischen Ordnung angemessen; nur er überfordert einen liberalen Staat nicht hinsichtlich des Drucks und der Kontrolle, die er ausüben muss. Er darf allerdings auch nicht im Sinne der Toleranz relativiert werden: Das bedeutet, dass auch das Recht von Eltern, die Religion ihrer Kinder zu bestimmen, mit dem vollendeten 14. Lebensjahr erlischt.

Dieses Recht der Kinder muss der Staat, wenn das nötig ist, auch gegenüber dem familiären und privaten Umfeld schützen. Jugendliche müssen wissen, dass sie zu dem, was ihre Eltern, Geschwister und Freunde lehren, „Nein“ sagen dürfen. Dieses Wissen muss ihnen in der Schule – z.B. im Ethik-Unterricht – vermittelt werden. Die Schule selbst muss ein religiös neutraler Raum bleiben, in dem einseitige Beeinflussung nicht stattfindet. Die Neuköllner SPD bekennt sich deshalb ausdrücklich zum Berliner Neutralitätsgesetz, das dem Personal des öffentlichen Dienstes verbietet, auffällige weltanschauliche Symbole zu tragen.

**OFFENE GESELLSCHAFT
UND WEHRHAFTE
DEMOKRATIE**

Zur Kompromissfähigkeit einer offenen Gesellschaft gehört der Umgang mit dem Islam an der Schule. An Schulen mit einem hohen Anteil an muslimischen Kindern und Jugendlichen wirkt sich insbesondere der Ramadan erheblich auf den Schulalltag aus. Hier ist einerseits Kooperation mit Eltern und Moscheen erforderlich, damit die Kinder nicht durch Schlaf- und Nahrungsmangel daran gehindert sind, dem Unterricht zu folgen. Andererseits ist es eine gute, lebensnahe Lösung, dass Berliner Schulkinder sich aus Anlass des Zuckerfestes und des Opferfestes vom Unterricht befreien lassen können. Sonstige Abstriche an der Schulpflicht lehnen wir ab. Insbesondere die Teilnahme am Sport-, Schwimm- und Biologieunterricht darf

nicht aus religiösen Gründen verweigert werden. Wo es nötig ist, kann durch schulinterne Lösungen (zum Beispiel Teilungsunterricht) religiösen Befindlichkeiten Rechnung getragen werden.

Ein ungelöstes Problem sind nach islamischem Recht geschlossene Vielhehen. Dass sie nach deutschem Recht nicht anerkannt werden, ändert nichts daran, dass die Ehepartner in ehelicher Gemeinschaft zusammenleben und dass Kinder geboren werden. Nach (allerdings nicht durch Erhebungen oder Studien abgesicherten) Berichten werden die Zweit- oder Drittfrauen mit ihren Kindern bei den Behörden oft als Alleinerziehende geführt und haben dann als eigene Bedarfsgemeinschaft Anspruch auf ALG II. Der Sozialstaat darf aber nicht zur wirtschaftlichen Grundlage für einen polygamen Lebensstil werden. Die Neuköllner SPD fordert deshalb die Bundesregierung auf zu ermitteln, ob und in welchem Umfang das Sozialsystem durch Polygamie missbraucht wird, und zu prüfen, mit welchen rechtlichen Maßnahmen dieser Missbrauch unterbunden werden kann.

Ihre Grenze wird die Toleranz des freiheitlichen Staates dort haben, wo Religionsausübung zur Gefahr für die Freiheit selbst wird, die er garantiert. Deshalb müssen gewaltbereite Gruppierungen innerhalb der salafistischen Strömungen wie bisher mit den Mitteln des Verfassungsschutzes beobachtet und, wenn nötig, durch Verbote, polizeiliche Präventions- und staatsanwaltliche Verfolgungsmaßnahmen bekämpft werden. Wir begrüßen ausdrücklich, dass deutsche Gerichte heute nicht mehr bereit sind, bei so genannten Ehrenmorden oder bei Formen häuslicher Gewalt Zugeständnisse zu machen, wenn diese Straftaten mit religiösen oder kulturellen Motiven entschuldigt werden.

**RELIGIONSPOLITISCHE
MASSNAHMEN**

Zur Förderung der religiösen Integration fordert die Neuköllner SPD außerdem die folgenden Maßnahmen:

○ Die Kultusministerkonferenz wird aufgefordert, sich auf bundesweit einheitliche Regelungen zur Anerkennung von zwei muslimischen Feiertagen zu einigen, an denen muslimische Kinder von der Teilnahme am Unterricht befreit werden.

○ Die Ausbildung von Imamen und Religionslehrern an deutschen Universitäten muss ausgebaut werden. Ergänzend zu Tübingen, Münster und Osnabrück müssen auch an einer Berliner Universität Studiengänge für die Ausbildung von Imamen und Lehrerinnen und Lehrern eingerichtet werden.

○ Bund und Länder müssen einen Kriterienkatalog dafür entwickeln, unter wel-

Fortsetzung Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

chen Voraussetzungen islamische Glaubensgemeinschaften als Körperschaften Öffentlichen Rechts anerkannt werden können. Ein Kriterium muss es sein, dass das geistliche Personal über einen theologischen Abschluss einer deutschen Universität verfügt und sich zum Grundgesetz und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennt.

○ Im Land Berlin muss der Grundsatz durchgesetzt werden, dass nur Lehrerinnen und Lehrer mit einem Abschluss in Islamischer Religionslehre von einer deutschen Universität islamischen Religionsunterricht erteilen dürfen. Den Glaubens-

gemeinschaften sind realistische, aber verbindliche Übergangsfristen für die Beschäftigung des entsprechenden Personals einzuräumen.

5. FAZIT

Die Neuköllner SPD tritt ein für einen vielfältigen und offenen Bezirk, in dem jede und jeder seinen Glauben und seine Weltanschauung frei leben und seine Religion frei ausüben kann. Diese Freiheit endet da, wo die Freiheit anderer verletzt wird und die Grundprinzipien einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft in Frage gestellt werden.

Die Neuköllner SPD betrachtet mit Sorge

die Entwicklung radikal islamischer Strömungen in Deutschland, vor allem aber auch im Bezirk Neukölln, und erachtet es als zwingend notwendig, dass bundesweit konsequent gegen jegliche Form von islamistischen Bewegungen, unabhängig von einer latent oder manifest vorhandenen Gewaltbereitschaft, vorgegangen wird.

Die Neuköllner SPD steht für die Gestaltung eines friedlichen Zusammenlebens in einem interkulturellen Bezirk in der Mitte Europas, in dem die Trennung von Religion und Staat und das Bekenntnis zu Individualität, Menschenrechten, Pluralismus und Demokratie unerschütterliche Grundfeste der Gesellschaft sind, die es für alle Menschen zu schaffen und zu erhalten gilt. □

Fraktion vor Ort:

„Keine Krankheit und keine Störung“

Mechthild Rawert fordert gleiche Rechte für intersexuelle Menschen

Über 100 Menschen nahmen an der Fraktion vor Ort-Veranstaltung „Intersexuelle Menschen anerkennen - Selbstbestimmung im Identitätsgeschlecht“ teil, die Mechthild Rawert, Mitglied des Gesundheitsausschusses, zusammen mit Hermann Zeller, queerpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion der BVV Tempelhof-Schöneberg, und Frater Franziskus vom Rogate-Kloster St. Michael zu Berlin am 4. September im Gemeindehaus der Zwölf-Apostel-Kirchengemeinde in Schöneberg vorbereitet hatten.

Die öffentliche Thematisierung von „Intersexualität“ ist direkte Folge des Sommerfrühstücks mit der Queer-Community in der schon traditionellen Reihe „Auf ein Wort Frau Rawert“ und ist damit Politik nah an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger.

INTERSEXUELLE MENSCHEN ANERKENNEN

Dr. Katrin Bentele von der Geschäftsstelle des Deutschen Ethikrates, Simon Zobel vom Verein intersexueller Menschen e.V. und der Mediziner Dr. Jörg Woweries verwiesen einhellig darauf, dass niemand das Recht hat, einem anderen Menschen das Geschlecht „weiblich“ oder „männlich“ aufzuzwingen.

Zobel plädierte für ein Neudenken der Kategorie Geschlecht, Woweries verdeutlichte, dass Geschlechtsidentität nicht medizinisch herstellbar sondern ein Entwicklungsprozess ist. Bentele erklärte, dass vor allem der Druck von den Eltern und ÄrztInnen zu nehmen ist, einen geschlechtlich mehrdeutig geborenen Säugling operativ auf ein Geschlecht festzulegen. Jedes Kind hat das Recht auf körperliche Unversehrt-



Frater Franziskus und Pedro Mouratián, Beauftragter der argentinischen Regierung gegen Diskriminierung. Foto: Geisthardt

heit, jeder Mensch das Recht auf Selbstbestimmung. Der Ethikrat schlägt daher neben einem weitgehenden Verbot dieser medizinisch unnötigen kosmetischen Operationen eine Personenstandsrechts-Änderung vor: Zu „weiblich“ und „männlich“ soll die Kategorie „anderes“ kommen.

ARGENTINISCHES BEISPIEL

Der seitens der Argentinischen Botschaft extra für diese Veranstaltung eingeflogene Pedro Mouratián, Beauftragter der argentinischen Regierung gegen Diskriminierung, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus (INADI), referierte im Beisein des argentinischen Botschafters Victorio Taccetti über die bedeutenden Fortschritte in der Menschenrechtspolitik Argentiniens.

Diese kann auch Impulse für die deutsche Gesellschaft setzen: Seit Mai ist dort ein Gesetz über die freie Wahl der Geschlechtsidentität in Kraft, welches wesentlich zur Enttabuisierung intersexueller Menschen beiträgt. So sind geschlechtszuordnende OP's im Säuglings- und Kindes-

alter verboten. Jede Person entscheidet selber darüber, welcher Eintrag im Pass vorgenommen wird. Der Zugang zu selbstbestimmten Operationen oder Hormonbehandlungen im Jugend- oder Erwachsenenalter ist möglich und für die Versicherten kostenfrei. Eine Wortmeldung aus dem Publikum brachte es auf den Punkt: „Am anderen Ende der Welt wird uns vorge-macht, wie es geht!“

Nicht jedes Kind wird als „eindeutig“ weiblich oder männlich geboren. Unter uns leben rund 10.000 bis 120.000 Menschen, die „intersexuell“ geboren wurden. Die meisten haben aufgrund der geschlechtszuordnenden Operationen im Säuglingsalter großes physisches und psychisches Leid erfahren. Damit muss Schluss sein. Das wollen wir ändern.

Die Stellungnahme „Intersexualität“ des Ethikrates besagt: Intersexualität ist keine Krankheit und keine Störung. Auf dieser Grundlage diskutieren derzeit Abgeordnete aus den AG's Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie Recht, Inneres und Gesundheit darüber, wie den vielfältigen Herausforderungen gerecht zu werden ist, damit für die Zukunft keine Diskriminierung mehr erfolgt.

Wir wollen eine inklusive Gesellschaft getragen von gegenseitigem Respekt und Wertschätzung - und das schließt die mehrdeutig geschlechtlichen, intersexuell geborenen Menschen mit ein.

Ungewöhnlich für eine Fraktion vor Ort-Veranstaltung war, dass zuvor eine Vesper in der Zwölf-Apostel-Kirche stattfand. Die Botschaft von Frater Franziskus lautete: „Gott ist mit den Minderheiten“. Auch wir als Sozialdemokratie machen uns für die Menschenrechte stark - gemeinsam wird es uns gelingen.

Mechthild Rawert □

Ausstellung:

Beispiele der Vertreibung

Ausstellung „Jüdische Ärzte in Schöneberg“

Noch bis zum 7. Oktober ist im Foyer des Rathauses Schöneberg die Ausstellung „Jüdische Ärzte in Schöneberg“ zu sehen. Eröffnet wurde sie am vergangenen Sonntag von Angelika Schöttler (SPD), Bürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg, gemeinsam mit dem Botschafter der USA, Philip D. Murphy

Die Ausstellung zeigt anhand von Fotos und Dokumenten die bewegenden Lebensgeschichten zwölf jüdischer Ärzte, die bis 1933 in Berlin arbeiteten und danach Entrechtung, Verfolgung, Emigration, Suizid oder Ermordung in der Zeit des Nationalsozialismus erdulden mussten.

Viele jüdische Ärzte flüchteten in die USA, weshalb die beeindruckende Ausstellung nach einer kurzen Zeit in der Ärztekammer Berlin auch in die USA wandert, woher etliche Familienangehörige unter Zwang emigrierter Ärzte zur Eröffnung der Ausstellung ins Rathaus Schöneberg kamen. Alle Festredner der feierlichen Eröffnungszereemonie verband eine persönliche Beziehung oder einer der vielen Meilensteine deutsch-amerikanischer Freundschaft mit dem Rathaus Schöneberg.

Eva Liebchen □



Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler bei der Ausstellungseröffnung mit Schirmherr Philip D. Murphy, Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika. Foto: Liebchen

➡ Ausstellung im Foyer des Rathauses Schöneberg, John-F.-Kennedy-Platz. 10825 Berlin, bis 7. Oktober, täglich von 10 bis 18 Uhr bei freiem Eintritt.

➡ Einführung in die Ausstellung: Samstags, 14 Uhr und sonntags, 12 Uhr. Finissage mit Begleitprogramm: Sonntag, 7. Oktober, 17 Uhr.

Ausstellung:

150 Jahre deutsche Sozialdemokratie

Bis zum 10. Oktober 2012 ist im Paul-Löbe-Haus die Ausstellung „150 Jahre deutsche Sozialdemokratie. Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ zu sehen. Die Ausstellung wird bis Juli 2013 durch 24 Städte touren.

Eröffnet wurde sie am Mittwochabend von Bundestagspräsident Norbert Lammert, dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier und dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit. Der Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, Peter Struck, führte in die Ausstellung ein.

Die vom Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung konzipierte Präsentation zeigt die 150jährige Geschichte der Partei vom Arbeiterverein zur demokratischen Partei anhand von Exponaten, Dokumenten, Fotos und Erläuterungen. Die Sozialdemokratie prägt seit ihrer Gründung die politische Landschaft Deutschlands mit und ist eine der weltweit ältesten demokratischen Parteien. 2013 findet ein Geburtstagsfest in Berlin statt. **PM □**

➡ Zum Besuch der Ausstellung ist eine Anmeldung unter Tel. 030 227 38883 oder per E-Mail: info-ausstellungen-plh@bundestag.de notwendig. Der Eintritt ist frei.

Netzpolitik: Termine und Projekte

Wer bezahlt die Urheber? (Teil 2)

Das Kulturforum Stadt Berlin setzt am 19. September um 19 Uhr die Debatte um das Urheberrecht fort. Nach einer Gesprächsrunde mit einem Netzpolitiker, einer Buchautorin und einer Gewerkschafterin am 22. August steht diesmal die Situation von freien Journalisten, Literaturagenten und die Auseinandersetzung zwischen Gema und Clubszene im Mittelpunkt.

Als Gäste haben zugesagt: Ernst Piper (Literarische Agentur Piper & Poppenhusen), Gudrun Giese (freie Journalistin), Lutz Leichsenring (Pressesprecher der Club Commission), Martin Schweda (GEMA-Bezirksdirektor) und Rainer Bielfeldt (Urheber, Komponist, Produzent, Sänger und GEMA-Mitglied). Die Moderation hat Niko Sander, Vorsitzender des Kulturforums Stadt Berlin der Sozialdemokratie.

Die Stellungnahmen und Ergebnisse der beiden Veranstaltungen werden auf der Internetseite des Kulturforums veröf-

fentlicht, um eine weitere Debatte zu ermöglichen.

➡ Mittwoch, 19. September, 19 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin.

Netzpolitisches Forum

Zum Netzpolitischen Forum 2012 lädt das Forum Netzpolitik der Berliner SPD am 21. September ab 17 Uhr.

Die Veranstaltung ist zweiteilig geplant: Im ersten Teil werden zwei gesellschaftlich relevante Fragen exemplarisch diskutiert: Wie lässt sich eine digitale Lehrmittelfreiheit umsetzen? Und: Wie können wir für einen Internetanschluss ohne Mehr-Klassengesellschaft sorgen? Danach soll der Frage nachgegangen werden, wie das Thema Digitale Gesellschaft zukünftig in der SPD noch breiter diskutiert werden kann.

➡ Veranstaltungsort ist die c-base Raumstation, Rungestraße 20 in Mitte

Forum der SPD Mitte

Die SPD Mitte lädt ein zum Dialogforum „Digitale Teilhabe in der Sozialen

Stadt“ am Montag, dem 24. September, 18:30 – 21:30 Uhr im Kurt-Schumacher Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin.

In die Thematik führt zu Beginn der stellvertretende Landesvorsitzende Philipp Steinberg ein. In einem Teilforum geht es dann u.a. um die Zukunft des Urheberrechts, Kulturfltrate und Leistungsschutzrecht. Der Bundestagsabgeordnete Lars Klingbeil stellt dazu Thesen der Bundestagsfraktion vor. In einem zweiten Teilforum geht es dann um Datenschutz im Internet(zeitalter), um Vorratsdatenspeicherung, die EU-Vorgaben und die Nutzung privater Daten (einschließlich Melderecht). Die Bundestagsabgeordnete Eva Högl, die Mitglied des Rechtsausschusses ist, berichtet über den aktuellen Stand, Die Moderation hat Yannick Haan, Sprecher des Forums Netzpolitik der SPD Berlin Im dritten Teilforum mit dem netzpolitischen Sprecher der Abgeordnetenhausfraktion Sven Kohlmeier geht es u.a. um digitales Leben in Berlin, die Anforderungen an Verwaltung und Politik und ein freies W-Lan.

➡ Anmeldung bitte an Mitte@spd-berlin.de; Tel: 4692130 oder per Post

Er hat sich nie verbogen

Trauer um den ehemaligen Chef der Senatskanzlei und Bezirksstadtrat Hanns Peter Herz

„Im Vordergrund seines Handelns stand wohl stets die praktische Arbeit. Der Versuch, das Mögliche zu tun. Nicht per Theorie die Welt zu interpretieren, sondern sie - und sei es mit noch so kleinen Schritten - zu verändern.“ So gratulierte die BERLINER STIMME 1997 Hanns-Peter Herz zu seinem 70. Geburtstag. Im Alter von 85 Jahren ist er jetzt am 1. September verstorben.

Der Neuköllner Sozialdemokrat wurde am 21. Juni 1927 geboren, er wuchs in der Hufeisensiedlung auf, dort war er später lange Jahre Abteilungsvorsitzender. Er war bei den großen Festen seiner Abteilung dabei, er sorgte für menschlichen Zusammenhalt, für das Miteinander, auch generationsübergreifend.

Auf seine Weise wird er damit wohl auch die Erfahrungen seiner Jugend bewältigt haben. Vom Gymnasium war er „wegen nicht-arischer Abstammung“ entfernt worden. Im letzten Kriegsjahr wurde der 17jährige noch zur Organisation Todt zwangsverpflichtet. Nach dem Krieg konnte er studieren, zunächst an der Humboldt-



Hanns-Peter Herz (l.) 2005 bei der 60-Jahr-Feier der Berliner SPED im Gespräch mit dem Historiker Siegfried Heimann. Foto: Horb

Universität, dann an der Freien Universität.

Sein Vater Hans Herz war im Nachkriegs-Berlin Sprecher des Berliner Oberbürgermeisters Arthur Werner und bis 1950 Chefredakteur und politischer Direktor des RIAS. Hanns-Peter Herz begann seine journalistische Tätigkeit 1950 ebenfalls beim

RIAS, 16 Jahre lang war er Redakteur in verschiedenen Abteilungen und leitete unter anderem das innen- und das ostpolitische Ressort.

1966 holte ihn Willy Brandt als Berliner Senatssprecher, eine neue spannende Arbeit in einer unruhigen Zeit begann. Ab 1973 war er bis zum Rücktritt von Klaus Schütz als Regierender Bürgermeister Chef der Senatskanzlei. Danach wurde er Bezirksstadtrat in Neukölln und stellvertretender Bürgermeister.

„Mit dem Tod von Hanns-Peter Herz ist eine gewichtige Stimme Berlins verstummt“, so Klaus Wowereit. „Er hat als Journalist beim RIAS, als langjähriger Senatssprecher und als Chef der Senatskanzlei des Landes Berlin maßgeblichen Anteil am Freiheitskampf der Berlinerinnen und Berliner im Westteil der Stadt gehabt. Auch als Vorsitzender des Berliner Journalistenverbandes und der Stiftung Luftbrückendank hat er sich bleibende Verdienste erworben.“ Für seinen Einsatz um seine Heimatstadt wurde ihm 1994 der Verdienstorden des Landes Berlin verliehen. **BS □**

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

T TERMINE

- 17.09.2012, 14:00, **AG 6oplus Berlin, Sitzung mit dem stv. Landesvorsitzenden Philipp Steinberg**, Kurt-Schumacher-Haus, Franz-Künstler-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 18.09.2012, 18:30 Dr. Susanne Kitschun / AG Strategien gegen rechts, **Strategien gegen rechts**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 161, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- 18.09.2012, 19:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Südende, **Chancengleichheit in der Arbeitswelt - mit Dilek Kolat**, Rathaus Steglitz, Raum 301, Schloßstraße 37, 12163 Berlin
- 19.09.2012, 16:00, AG 6oplus Charlottenburg-Wilmersdorf, **Bericht aus dem Untersuchungsausschuß Terrorgruppe NSU**, Referentin: Dr. Eva Högl, MdB, Rathaus Charlottenburg - Lily-Braun-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
- 19.09.2012, 19:00 Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie **„Wer bezahlt die Urheber?“ (Teil 2)**, Mit Ernst Piper, Literarische Agentur Piper & Poppenhusen, Gudrun Giese, freie Journalistin, Lutz Leichsenring, Pressesprecher der Club Commission, Martin Schweda, GEMA-Bezirksdirektor, Rainer Bielfeldt, Urheber, Komponist, Produzent, Sänger und GEMA-Mitglied. Moderation: Niko Sander, Vorsitzender des Kulturforums Stadt Berlin der Sozialdemokratie Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 19.09.2012, 18:30, **ASJ Berlin + ASJ Brandenburg, Sommerempfang 2012**: Die Eurokrise als Herausforderung für Demokratie und Staatsrecht. Sommeransprache von Dr. Frank-Walter Steinmeier, Archäologischen Landesmuseum, Neustädtische Heidestraße 28, 14776 Brandenburg a. d. Havel. Sommeransprache von Dr. Frank-Walter Steinmeier zum Thema „Die Eurokrise als Herausforderung für Demokratie und Staatsrecht“, Grußwort Ralf Holzschuher (Fraktionsvorsitzender SPD-Landtagsfraktion). Anschließend laden die ASJ-Landesvorsitzenden Ingo Koschütz (Brandenburg) und Vera Junker (Berlin) zum gemeinsamen Imbiss mit der Möglichkeit zu individuellen Gesprächen ein. Um Anmeldung wird bis zum 16. September per E-Mail unter asj-sommerempfang@spd-brandenburg.de gebeten.
- 19.09.2012, 18:30, AGS Berlin - Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD, **Vorstandswahl | Aktuelle Schwerpunkte und Vorhaben der Berliner Landespolitik mit Ulrich Nußbaum**, Kurt-Schumacher-Haus, Erika-Heß-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin, 18.30 bis 19.30 Uhr Wahlen von drei Beisitzern und Beisitzern für den AGS-Landesvorstand, Ab 19.30 Uhr Dr. Ulrich Nußbaum, Senator für Finanzen des Landes Berlin.
- 19.09.2012, 19:30, Dr. Michael Arndt, MdB / **Fachausschuss Soziale Stadt - AG Bauen,**

- Wohnen, Stadtentwicklung, Neuwahl eines Vorstandes**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 377, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- 19.09.2012, 14:00 - 16:00, AG 6oplus Berlin Seniorenentwurf Berlin: **Rechtsextremismus - eine Gefahr in Berlin?** mit Tom Schreiber, MdB, Stiftung BSW, Zugang über den Hof, Aufgang links, 3. Etage, Panoramastraße 1, 10178 Berlin
- 20.09.2012, 18:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - **AG Migration und Vielfalt, Öffentliche Mitgliederversammlung**, SPD Kreisbüro, Thaliaweg 15, 12249 Berlin
- 20.09.2012, 19:00, SPD Spandau - Abt. Haselhorst-Siemensstadt **Giftige Energiesparlampen, teurer Ökostrom? Wo Klimaschutz richtig Sinn macht**, mit Monika Götze, Autorin „Das Energiesparbuch“ der Stiftung Warentest, Haseltreff, Haselhorster Damm 9, 13599 Berlin
- 21.09.2012, 15:00 - 16:30, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, **Monatliche Bürger-sprechstunde von Franziska Becker** im Bundesplatz-Kino, Bundesplatz, 10715 Berlin
- 21.09.2012, 16:30 - 21:30, **Netzpolitisches Forum 2012**, c-base Raumstation, Rungestraße 20, 10179 Berlin (s. S. 1) Anmeldungen unter spd-netzpolitik.de/termine/netzpolitisches-forum-2012
- 22.09.2012, 16:00, SPD Treptow-Köpenick, Regionalkonferenz: **Vorstellung der SPD-Kandidaten für den Bundestagswahlkreis Treptow-Köpenick** mit Marc Oliver Ram, Reinhold Robbe, Matthias Schmid, Zentrum für Demokratie, Michael Brückner-Straße 1, 12439 Berlin
- 24. 9.2012, 18.30, **SPD Mitte, Forum: Digitale Teilhabe in der Sozialen Stadt**, Kurt-Schumacher Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Einführung: Philipp Steinberg, Themen u.a. Modernisierung des Urheberrechts, Kulturflattrate, Leistungsschutzrecht, Vorratsdatenspeicherung u.a. Anmeldung bitte an Mitte@spd-berlin.de; Tel: 4692130 oder per Post (s. S. 13)
- 25.09.2012, 19:30, SPD Fraktion im Deutschen Bundestag, **Prekäre Beschäftigung**, Zukunftsdialog mit Klaus Barthel, MdB und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD, Swen Schulz, stellv. bildungspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Kulturhaus Spandau, Mauerstraße 6, 13597 Berlin. Anmeldung und Informationen unter: 030 - 227 70 187
- 25.09.2012, 19:00, SPD Treptow-Köpenick, **Regionalkonferenz: Vorstellung der SPD-Kandidaten für den Bundestagswahlkreis Treptow-Köpenick**, AWO-Haus Friedrichshagen, Müggelseedamm 244, 12587 Berlin
- 25.09.2012, 18:30, SPD Bundestagsfraktion | Landesgruppe Bayern, **Neue Wege für eine gute Pflege?** Vertretung des freistaates Bayern beim Bund, Saal Bayern, Behrenstraße 21/22, 10117 Berlin. Anmeldung bitte bis zum 20. September unter www.spdfraktion.de/termine
- 25.09.2012, 19:00 - 21:00, Daniel Buchholz, MdB / Fachausschuss Natur, Energie, Umweltschutz, **Irgendwann herrscht Ruhe in**

- Tegel - kommt dann Unruhe in die Tegeler Stadtheide? Welche Nachnutzung lässt der Landschaftsraum des ehemaligen Flughafens zu?** Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin. Der Fachausschuss hat Dr. Philipp Bouteiller, Geschäftsführer der Tegel Projekt GmbH, zum Gespräch eingeladen.
- 26.09.2012, 19:00 Fraktion vor Ort: **Digitale Gesellschaft**, Mechthild Rawert, MdB - Tempelhof-Schöneberg, Deutscher Bundestag, Paul-Löbe-Haus, Raum E 300, Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin. Digitale Teilhabe ist eine neue soziale Frage: Wer kontrolliert meine Daten? Wie erhalte ich Zugang zu Informationen? Wie funktioniert Teilhabe in der digitalen Gesellschaft? Es laden ein und diskutieren Lars Klingbeil, MdB, Netzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, und Mechthild Rawert, MdB, Sprecherin der Landesgruppe Berlin der SPD-Bundestagsfraktion. Anmeldungen bitte mit Adresse, Geburtstag, Geburtsort an: Mechthild Rawert, MdB, Telefon: (030) 227-73750, E-Mail: [mecht-hild.rawert\[at\]bundestag.de](mailto:mecht-hild.rawert[at]bundestag.de)
- 26.09.2012, 17:00, Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e.V. und das Kulturforum der SPD, **Buchpräsentation „Gespräche unter Deutschen - Von der Wiedervereinigung geteilter Meinungen“**, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 141, 10969 Berlin
- 26.09.2012, 18:00, Thorsten Schneider, MdB / Fachausschuss Internationales, **Führerkult statt bolivarianische Demokratie?** Venezuela unter der Herrschaft von Hugo Chavez, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 377, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- 26.09.2012, 18:00, Thorsten Schneider, MdB / Fachausschuss Internationales, **Führerkult statt bolivarianische Demokratie?** Venezuela unter der Herrschaft von Hugo Chavez, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 377, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- 27.09.2012, 19:30, ASF Charlottenburg-Wilmersdorf, **Frauen und Burnout - Wege daraus...** mit Pia Keukert, Dipl. Pädagogin vom Bildungs- und Beratungszentrum Raupe und Schmetterling, Frauen in der Lebensmitte e.V., Petra Raddatz, Betroffene durch Burnout. SPD Bürgerbüro Goethestraße 15, 10625 Berlin
- 27.09.2012, 19:00 - 21:00, August-Bebel-Institut, **Wie Medien faule Griechen machen**, August-Bebel-Institut, Müllerstraße 163, 13353 Berlin (s. S. 16)
- 28.09.2012, 11:00 - 14:00 **AG 6oplus Charlottenburg-Wilmersdorf Informationsstand** Wilmersdorfer Ecke Pestalozzistraße, 10627 Berlin
- 28.09.2012, 19:00 SPD Treptow-Köpenick - Abt. Süd, **SPD-Skattunier**, Kaffee Liebig, Regattastraße 158, 12527 Berlin. Startgeld 8 €, Ansprechpartner: Gerd Klinger Tel.: 676 11 55; Robert Schaddach Tel.: 0172 60 85 551
- **Vorankündigung:** 27.10.2012, 9.00, Landestag der Berliner SPD, BCC Berlin, Alexanderstr. 11, 10178 Berlin
- mehr: www.spd-berlin.de/termine

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

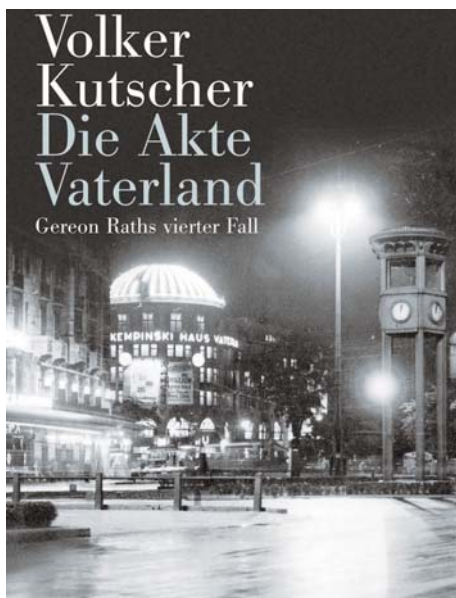
Krimis, die Berliner Geschichte erzählen

Volker Kutschers neuer Roman „Akte Vaterland“ - Lesung am 20. September

Berlin, Juli 1932, Franz von Papen hat sich in der Reichskanzlei eingerichtet, im Reich kommt es tagtäglich zu Straßenkämpfen zwischen den Extremisten von Rechts und Links. Für die Polizei ein dauerhafter Alarmzustand. Hier beginnt Volker Kutschers neuer Roman „Die Akte Vaterland“.

Die Mordkommission wird am frühen Sonntagmorgen zum „Haus Vaterland“ am Potsdamer Platz gerufen. Es ist Berlins bekanntester Vergnügungstempel, „Pläsierkaserne“ hat ihn 1929 Siegfried Kracauer in der Frankfurter Zeitung genannt. Ein Spirituosenhändler liegt tot im Lastenfahrstuhl, ertrunken.

Autor Volker Kutscher lässt seinen Kriminalkommissar Gereon Rath bei seinem vierten Fall in schwierigem Umfeld ermitteln, denn es geht auch um Spirituosenpanscherei, Erpressung und einen weiteren Mord, der aber mehr als ein Jahrzehnt zurückliegt. Das Ermittlungsfeld reicht hier von Berlin bis nach Ostpreußen.



Die Akte Vaterland, Volker Kutscher, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 2012, 564 Seiten, 19,99 Euro, als E-Book 17,99 Euro.

Volker Kutscher zeichnet in diesem Kriminalroman sehr feingliedrig eine Szenerie mit vielen Zwischentönen, profiliert die Akteure jenseits von Schwarz-Weiß-Mustern und konfrontiert seine Leser en passant mit zeitgeschichtlichen Konflikten: das Verhältnis Deutscher zu Polen anlässlich der Volksabstimmung in Masuren 1920 über die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich sowie die Absetzung der von Carl Severing (SPD) geführten Regierung Preußens durch Franz von Papen.

Der „Preußenschlag“ am 20. Juli 1932 führt dazu, dass im Berliner Polizeipräsidium die Hausherren Albert Grzesinski und Bernhard Weiß von Reichwehrsoldaten verhaftet werden. Volker Kutscher ist hier ein spannender Krimi gelungen, der mit seinen präzisen Beschreibungen das Klima in Berlin zum Ende der Weimarer Republik nachvollziehbar macht. **Gunter Lange** □

➡ Autor Volker Kutscher liest am 20. September 2012, 19 Uhr, bei Dussmann, Friedrichstr., aus seinem Roman.

Basteln am Klischee

August-Bebel-Institut: Wie Medien faule Griechen machen

Griechenland, Urlaubsparadies der Deutschen - das Bild ist passé, abgelöst vom Bild des faulen und korrupten Griechen. Zeitung, Radio und Fernsehen berichten von der wirtschaftlichen Notlage des Landes und seiner Bevölkerung in Bildern ständig streikender und auf Kosten anderer lebender Griechen, deren Wahlentscheidungen irrational anmuten.

Wie ist in dieser Situation ein kritisch analysierender Journalismus möglich? Welche Gefahren birgt dieser überwiegend einseitig geführte öffentliche Diskurs? Nach „Wie Sprache Menschen zu Döner

macht“ erkundet die zweite Veranstaltung des August-Bebel-Instituts in der „Wie...“-Reihe die Muster und Hintergründe der Griechenland-Schelte in der deutschen Presse. Der Journalist, Blogger und Autor Michalis Pantelouris gibt einen Überblick über die hiesige Griechenland-Schelte und die Filmemacherin Mosjkan Ehrari zeigt Ausschnitte aus ihrem Film „message from greece“. Die Moderation hat Konstantina Vassiliou-Enz, radioeins. **PM** □

➡ Wie Medien faule Griechen machen. Anmeldung bis 24.9. [T50] unter kontakt@august-bebel-institut.de oder Tel 030-4692 121/-122, Fax 030-4692-124

KULTURTIPPS

Bis zum 29. September läuft im Willy-Brandt-Haus die an diesem Donnerstag eröffnete Fotoausstellung „Breaking the Silence - Zeugnisse einer Besatzung - israelische Soldaten berichten“. Die Ausstellung zeigt Fotografien, die israelische Soldatinnen und Soldaten für private Zwecke aus dem Besatzungsalltag aufgenommen haben. Mit dieser Ausstellung erhalten Besucher Einblicke in einen Konflikt, der hierzulande große mediale Präsenz erfährt, jedoch selten so klare Konturen erhält. **PM** □

➡ Dienstag bis Sonntag, 12 bis 20 Uhr, Eintritt frei, Personalausweis erforderlich.